



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Runder Tisch „Aktives Altern – Übergänge gestalten“

Arbeitsgruppe „Übergänge gestalten“

Dokumentation zum Workshop
„Kommunales Übergangsmanagement II“

Workshop am 28. April 2016 in Frankfurt am Main

Kommunales Übergangsmanagement II

Dokumentation

Bearbeitung durch:

Dr. Ludger Klein und Maike Merkle

Inhalt

1	Einleitung	3
2	Kernaussagen	6
2.1	Seniorenarbeit als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge	6
2.2	Seniorenarbeit als Bestandteil der Sozialplanung	8
2.3	Ein zeitgemäßes Steuerungsverständnis	8
3	Fazit: Erfolgsfaktoren für ein kommunales Übergangsmanagement	10
Anhang 1: Konzept und Programm		12
Anhang 2: Die Generation Babyboomer und Kommunales Übergangsmanagement		14
Anhang 3: Zeitgemäßes Steuerungsverständnis der Kommune am Beispiel von Seniorenarbeit und Versorgungssystem der Stadt Ahlen		71
Anhang 4: Liste der Teilnehmenden		90

1 Einleitung

Das ISS-Frankfurt a. M. hat in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen der AG Übergänge des „Runden Tisches Aktives Altern – Übergänge gestalten“ (RTAA) am 28. April 2016 den Workshop „Kommunales Übergangsmanagement II“ in Frankfurt a. M. organisiert und durchgeführt.

Bis 2017 begleitet das ISS-Frankfurt a. M. den im Mai 2015 vom BMFSFJ initiierten RTAA und seine drei Arbeitsgruppen „Bildung im und für das Alter“, „Übergänge gestalten“ und „Active Ageing Index“. Die drei Arbeitsgruppen bearbeiten ausgewählte Themenschwerpunkte in Workshops, die vom ISS-Frankfurt a. M. organisiert und durchgeführt werden. Diese Informationen zur Einbettung des Workshops in einen größeren Kontext waren auch Gegenstand des Grußwortes des BMFSFJ und sollen zum Verständnis der Zusammensetzung der Workshops und der Arbeitsweise der Arbeitsgruppen des RTAA dienen: Vertreten sind hier Mitglieder der jeweiligen AG und Expertinnen und Experten, die von der AG empfohlen bzw. von BMFSFJ und ISS-Frankfurt a. M. in der Recherche zum Thema ausgewählt wurden.

Die Arbeitsgruppe „Übergänge gestalten“ markiert gleichsam die inhaltliche Klammer des Runden Tisches: Angesichts gestiegener Lebenserwartung und hinzugewonnener Lebenszeit werden die Übergänge älterer Menschen von der Erwerbs- in die nachberufliche Lebensphase zunehmend relevanter; insbesondere, weil wir ab 2020 und von da an etwa über zehn Jahre mit einer abrupt ansteigenden Anzahl von Seniorinnen und Senioren – den sogenannten *Babyboomern* – rechnen müssen, die diesen Übergang vollziehen werden. Außerdem ist die nachberufliche Lebensphase durch mehrere, miteinander verwobene Übergänge gekennzeichnet, die ältere Menschen mit neu zu bewältigenden Aufgaben konfrontieren: Die Aufrechterhaltung bzw. Schaffung gesellschaftlicher Teilhabe erfordert nunmehr verstärkt eigene Aktivitäten und die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen im Wohnumfeld. Mit Blick auf ein selbstbestimmtes Leben in Teilhabe gewinnt aus der Perspektive älterer Menschen die Auseinandersetzung mit dem Erhalt der eigenen Gesundheit und Fitness an Bedeutung. Und schließlich bringt die gewonnene Zeit die Herausforderung mit sich, sie zur eigenen Freude und Zufriedenheit gestalten und für sinnvolle, durchaus auch dem Gemeinwesen zugutekommende Betätigungen nutzen zu können.

Die hieraus erwachsenden Aufgaben sind so vielfältig wie das Alter selbst. Bewältigt werden müssen diese Aufgaben vor Ort. Insofern stellt sich zuvorderst die Frage, inwiefern *die Kommunen* das Phänomen Babyboomer als langfristige, sich über die Zeit verändernde Aufgabe erkennen und hierfür gerüstet sind. Vor diesem Hintergrund geht die Arbeitsgruppe „Übergänge gestalten“ des RTAA unter Hinzuziehung externer Expertise im April 2016 in zwei Workshops unter dem Titel „Kommunales Übergangsmanagement“.

Der erste Workshop fokussierte die „Dritt-Sektor-“ bzw. „zivilgesellschaftliche Perspektive“: Hier standen sektorenübergreifende Kooperationen und Koproduktionen aus Sicht zivilgesellschaftlicher Akteure – das sind zunächst die Älteren selbst, aber ebenso Dritt-Sektor- und andere zivilgesellschaftliche Organisationen – im Mittelpunkt des Interesses. Aus dieser Warte werden die heterogenen Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen zum Ausgangspunkt von Erörterungen zum kommunalen Übergangsmanagement. Hier wurde sich

darauf verständigt, dass der Sozialraum das geeignete und erforderliche Organisationskonzept eines kommunalen Übergangsmanagements darstellt. Ferner wurde die Bedeutung unterstrichen, die den freien Trägern hierbei zukommt. Und schließlich wurde festgestellt, dass kommunales Übergangsmanagement niedrigschwelliger Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement bedarf.

Auf dem zweiten Workshop stand die kommunale Perspektive im Mittelpunkt des Interesses: Auch der 7. Altenbericht nimmt mit Blick auf eine zeitgemäße Seniorenarbeit die Kommunen in die Pflicht und fordert sie auf, ihren Aufgaben im Rahmen der Sicherung der Daseinsvorsorge vor Ort nachzukommen und sie im Sinne des Subsidiaritätsprinzips zu erfüllen.

Mit Blick auf kommunales Übergangsmanagement war auf dem Workshop von Interesse, welche Anforderungen aus dem Phänomen Babyboomer für die Kommunen erwachsen und inwieweit sie darauf vorbereitet sind. Im Kern ging es darum, ob sie die Gelegenheitsstrukturen vorhalten können, die zur Entfaltung der Potenziale des Alterns vonnöten sind und Teilhabe vor Ort fördern. Zudem wurde der Frage nachgegangen, welches Steuerungsverständnis die Kommune zur Bearbeitung dieser Anforderungen braucht.

In einem ins Thema einführenden Input stellte Prof. Dr. Peter Dehne von der Hochschule Neubrandenburg die Ergebnisse der Studie „Generation Babyboomer – Übergänge gestalten, Verantwortung übernehmen“ vor, die er und Kollegen zum Jahreswechsel für das Bundesfamilienministerium durchgeführt hatten. Das Bild der Babyboomer lässt sich demnach durch im Vergleich zu Vorgängergenerationen veränderte Ansprüche und Gestaltungsmodelle des nachberuflichen Lebens (1. Weitermachen, 2. nachberufliches Engagement, 3. Befreiung oder 4. Nachholen) kennzeichnen. Die Handlungsfelder und jeweiligen Anforderungen, die sich aus den zahlreichen Übergängen der Babyboomer in die nachberufliche Lebensphase von 2020 an für die Kommunen ergeben, sind:

- (Gemeinschaftliches) Wohnen: der Bedarf nach bezahlbarem und kleinem Wohnraum wird ansteigen;
- Mobilität und Freizeit: gefragt ist maximale Mobilität ohne Altersdiskriminierung, obschon auch bei den Babyboomern das Lebensmodell „ageing in place“ dominieren wird;
- Bildung: Lebenslanges Lernen ist zum Alltag geworden;
- Gesundheit und Pflege: einerseits gesünder alt werden, andererseits aber auch viele Jahre mit chronischen Krankheiten leben;
- Arbeit und Wirtschaft: die Verringerung der erwerbstätigen Bevölkerung durch das vermehrte Ausscheiden aus dem Berufsleben macht ältere Menschen mehr als Ressource für Arbeit und Wirtschaft umso wichtiger;
- Medien- und Techniknutzung: beschleunigte technische Neuerungen erfordern eine offenere Haltung;
- Engagement: es wird davon ausgegangen, dass sich die besser gebildeten nachrückenden Kohorten stärker engagieren und beteiligen werden als Vorgängerkohorten.

Die Kommunalbefragung ergab, dass nur ein Teil der Kommunen im Blick hat, was mit den Babyboomern und dem abrupten Anstieg von Menschen in der nachberuflichen Phase auf sie zukommt: Knapp die Hälfte aller befragten Kommunen geben an, dass Babyboomer in

den nächsten fünf Jahren kein aktuelles Thema für sie sein werden. Je kleiner die befragte Kommune, desto geringer war der Anteil an der Gesamtheit positiver Antworten zum Vorbereitungsstand auf die Generation Babyboomer.

Ursula Woltering, Fachbereichsleiterin Jugend und Soziales der Stadt Ahlen, referierte auf der Grundlage ihrer reichhaltigen Praxiserfahrungen über ein „zeitgemäßes Steuerungsverständnis der Kommune“. In Ahlen (NRW) werden Transparenz, Vernetzung und strategische Steuerung als zentrale Elemente der Steuerung von Seniorenarbeit und des Versorgungssystems für ältere Menschen vor Ort gesehen. Die Sozialplanung folgt dem „Ahlemer System“, das eine innovative und effektive Arbeitsstruktur für die Weiterentwicklung der Altenhilfe und Seniorenarbeit bereithält und seitens der Kommune von der „Leitstelle Älter werden in Ahlen“ koordiniert wird. Im Rahmen der Daseinsvorsorge sorgt die Kommune für Versorgungsleistungen und für Möglichkeiten der Teilhabe am sozialen Leben. Mit dem Ziel, eine qualitativ hochwertige und an den Bedarfen der Seniorinnen und Senioren ausgerichtete Angebotspalette vorhalten zu können, holt die Stadt Ahlen alle Anbieter der Senioren- und Bildungsarbeit sowie der Gesundheits- und Pflegedienste im Verein Alter und Soziales e. V. an einen Tisch. Zudem vernetzt SINN (**S**enioren **i**n **N**euem **N**etzwerken) in Ahlen seit 2004 alle für eine zeitgemäße Seniorenarbeit relevanten Akteure, Initiativen und über 150 Angebote vor Ort. Sich für sich selbst und für andere zu engagieren, ein buntes und vielfältiges Miteinander und ein sinnerfülltes, selbstbestimmtes und aktives Altern zu ermöglichen, sind die Ziele des Netzwerks. Grenzen einer zeitgemäßen Seniorenarbeit macht Ursula Woltering darin aus, dass sie allzu oft noch als „nice to have“ gesehen wird und in Konkurrenz zu anderen Handlungsfeldern steht.

Nachfolgend werden die Kernaussagen des Workshops zusammengefasst. Der Workshop diente zunächst der Verständigung darüber, wie das Handlungsfeld kommunales Übergangsmanagement aus der Perspektive der Kommunen zu skizzieren ist und was in diesem Kontext unter „Übergänge gestalten“ zu verstehen ist. Am Ende konnten sich die Teilnehmenden auf zehn kommunale Erfolgsfaktoren einigen.

In einem ausführlichen Anhang werden dann gesondert dokumentiert:

1. Workshop-Konzept und Programm,
2. die Präsentation von Prof. Dr. Peter Dehne (der vorläufige Endbericht der Studie¹ wird beim Versand der Dokumentation an die AG-Mitglieder gesondert beigefügt),
3. der Vortrag von Ursula Woltering in einer von ihr für die Dokumentation erstellten schriftlichen Fassung und die Präsentation sowie
4. eine Liste der Teilnehmenden des Workshops.

Benjamin Landes
Direktor des ISS-Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., im Mai 2016

¹ Dehne, Peter/Hoffmann, Jens (2016): Die Generation Babyboomer – Übergänge gestalten, Verantwortung der Kommunen. Vorläufiger Bericht auf Grundlage der Präsentation zum Kommunalworkshop am 10. Februar 2016 in Hannover.

2 Kernaussagen

Ein erstes Ergebnis der Diskussion war eine Eingrenzung ihres Gegenstandes: Aus der Warte des Workshops der AG „Übergänge gestalten“ sind vor allem die Potenziale des Alters von Interesse, weniger Fragen nach ausreichenden Versorgungssystemen im Gesundheits- und Pflegebereich. Obgleich beide Perspektiven nicht trennscharf voneinander abzugrenzen sind – zum Beispiel: wer aktiv altert und länger selbstbestimmt und in sozialer Teilhabe lebt, bleibt länger gesund –, geht es hier um Voraussetzungen aktiven Alterns und um die Frage, wie die damit einhergehenden Potenziale (etwa Erfahrungswissen, freie Zeit) gestärkt und für Individuum und Gemeinwesen gleichermaßen sinnvoll und ertragreich erschlossen werden können. Letztlich steht also die Förderung von „Aktivierung und Selbstorganisation“, damit eher eine zeitgemäße Seniorenarbeit als „Altenhilfe“ im Mittelpunkt des Interesses der AG Übergänge.

Kernaussagen aus dem ersten Workshop „Kommunales Übergangsmanagement I“, der sich mit der zivilgesellschaftlichen Perspektive befasste, waren, dass

- Sozialraumorientierung das erforderliche und geeignete Organisationskonzept für kommunales Übergangsmanagement darstellt,
- freien Trägern in diesem Handlungsfeld eine zentrale Rolle zukommt und
- niedrigschwellige Zugänge zu bürgerschaftlichem Engagement ein Kernelement kommunalen Übergangsmanagements ausmachen.

Im zweiten Workshop wurde vor allem diskutiert, welche Rolle die Kommune im Übergangsmanagement spielt bzw. spielen sollte.

2.1 Seniorenarbeit als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge

In Reaktion auf die fachlichen Inputs wurde diskutiert, inwiefern kommunales Übergangsmanagement oder umfassender eine zeitgemäße Seniorenarbeit Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge sind.

Dazu, was genau unter kommunalen Leistungen der Daseinsvorsorge zu fassen ist, gibt es keine einheitliche Definition. Eine solche Bestimmung fällt in den Bereich der kommunalen Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2 GG) und ist demnach auch Gegenstand kommunaler Aushandlungsprozesse. Zudem ist die kommunale Daseinsvorsorge verfassungsrechtlich im Sozialstaatsprinzip nach Art. 20 Abs. 1 GG verankert und bezieht sich im Wesentlichen auf die Schaffung, Sicherung und Entwicklung (notwendiger) sozialer Lebensbedingungen. Vorgaben zur Ausgestaltung der Daseinsvorsorge werden durch die Gemeindeordnungen der Länder gesetzt. Einfluss darauf, was letztlich jeweils an Daseinsvorsorge konkret vor Ort umgesetzt wird, hat die Unterscheidung von „freiwillig übernommenen Aufgaben“ und „gesetzlich auferlegten Pflichtaufgaben“ der Gemeinden.

Kommunale Daseinsvorsorge in der alternden Gesellschaft ist vor allem damit konfrontiert, wie der Alterung von Stadtgesellschaften durch den Ausbau professioneller und zivilgesellschaftlicher Unterstützungs- und Hilfesysteme zu begegnen ist. Hier geht es um die adäquate Quartiersgestaltung für ein „gutes Leben“ im Alter (d. h., Teilhabe und Selbstbestimmtheit

in vertrauter Lebenswelt; Beteiligung älterer Menschen bei der Gestaltung ihres Quartiers) sowie um die Kompensation erodierender familiärer Hilfenetzwerke. Darüber hinaus gilt es, Ressourcen (Kompetenzen) und Potenziale des Alters zu erkennen, zu fördern und einzubeziehen. Dabei sollte der Vielfalt (Heterogenität) der Babyboomer – hinsichtlich Interessen und Bedürfnissen wie auch Potenzialen – Rechnung getragen werden. Aus der Perspektive der AG Übergänge geht es also nicht vordringlich um Pflegeeinrichtungen oder Krankenhäuser, sondern um eine Mindestinfrastruktur, die als Gelegenheitsstruktur zur Entfaltung von Engagementpotenzialen und Selbstorganisation dient.

Das Fazit der Teilnehmenden hierzu lautete, dass es gegenwärtig vom politischen Willen der jeweiligen Entscheiderinnen und Entscheider abhängt, inwieweit Seniorenarbeit Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge ist. Das Beispiel Ahlen stellt nach wie vor eher die Ausnahme dar. Die Kommunalbefragung verdeutlicht, dass sich die meisten Kommunen über die mit der Alterung der Gesellschaft einhergehenden Chancen nicht ausreichend im Klaren sind. Erschwerend kommt hinzu, dass der Bedarf dafür in der Regel dort am größten ist, wo die Möglichkeiten der Kommunen am geringsten sind.

Umso erforderlicher wird es, einen Diskurs über die Möglichkeiten und Chancen aktiven Alterns voranzutreiben und in die Kommunen zu tragen. Den relevanten Akteuren vor Ort sollte die Relevanz für das Gemeinwesen und der Nutzen, der in den Ressourcen eines aktiven Alterns liegt (etwa in Möglichkeiten, Angebote kommunaler Daseinsvorsorge mithilfe engagierter Freiwilliger aufrecht zu erhalten oder zu schaffen), verdeutlicht werden; so etwa auch der lokalen Wirtschaft, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im „Ruhestand“ durchaus gewillt sein können, sich unter neuen Bedingungen weiterhin sinnvoll entweder erwerbsmäßig oder im Gemeinwesen ehrenamtlich zu betätigen. Der Kommune sollte entsprechend klar gemacht werden, dass kommunales Übergangsmanagement nicht nur „nice to have“ ist, sondern sich lohnt.

Wie bereits im vorangegangenen Workshop zum Thema wurde darauf hingewiesen, dass Maßnahmen des Übergangsmanagements vor Beendigung der Berufstätigkeit ansetzen müssten und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung sind. Angesprochen wurde ebenfalls die Rolle der Kommunen als Arbeitgeberinnen. Als Beispiel für die zahlenmäßige Relevanz wurde die Stadt Dortmund angeführt, die rund 10.000 Beschäftigte als Kommune hat.

Diskutiert wurde auch die Option, sich nicht mit der gesamten Gruppe der Babyboomer zu befassen, sondern die „Problemgruppen“ als Teil davon zu fokussieren. Hierzu wurde angemerkt, dass sich „Problemgruppen“ zumeist durch einen ökonomisch negativen Faktor kennzeichnen lassen und hinsichtlich ihrer Ressourcen eher eingeschränkt sind. So erscheint es schwierig, eine Sensibilisierung der Kommunen bzw. der lokalen Öffentlichkeit für die Potenziale des Alters über diesen Zugang zu erreichen; hier ist wohl eher auf den stark von der Mittelschicht geprägten Engagementbereich zu setzen. Gleichwohl dürfen ältere Menschen in prekären Lebenslagen nicht aus dem Blick geraten (zum Beispiel bezüglich des benötigten bezahlbaren Wohnraums).

2.2 Seniorenarbeit als Bestandteil der Sozialplanung

Im Ahlener Beispiel wurde ein Konzept von Sozialplanung vorgestellt, das Seniorenarbeit (und Versorgungssysteme) mitberücksichtigt. Bezahlbarer Wohnraum gewinnt beispielsweise gerade, aber nicht nur für ältere Menschen an Bedeutung. Während in Ahlen in diesem Bereich Wohnungsbaugesellschaften mittlerweile zu wichtigen Kooperationspartnerinnen geworden sind, sind die Pflegekassen als erforderliche Partner in der Verzahnung von Case- und Care-Management bislang weniger am Gemeinwesen vor Ort als an ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen orientiert.

Das Ahlener Modell verdeutlicht, es gelte

- zu analysieren, um erforderliches Wissen zu generieren,
- Themen in den lokalen Diskurs zu bringen, um Andere zu gewinnen,
- zu planen und Quartiere zu stärken, um
- versorgen zu können und auf spezifische Herausforderungen (u. a. auf die Baby-boomer) vorbereitet zu sein.

Das Ahlener System umfasst thematische Sozialplanung, Pflege- und Wohnberatung sowie Care- und Case-Management. Eine Wirksamkeitsanalyse verdeutlicht, dass Menschen hier im Vergleich länger in ihren eigenen vier Wänden verbleiben und auch erst später in höhere Pflegestufen aufsteigen als ältere Menschen in einer anderen Kommune ähnlicher Größe.

Schließlich wurden in diesem Kontext auch Möglichkeiten einer Verrechtlichung von Seniorenarbeit und Versorgungssystemen für das Alter analog zur Kinder- und Jugendhilfe (seitens des Bundes etwa durch eine Rahmengesetzgebung) kontrovers diskutiert.

2.3 Ein zeitgemäßes Steuerungsverständnis

Über beide Workshops zum Thema wurde betont, dass es im kommunalen Übergangsmanagement im Kern darum geht, ältere Bewohnerinnen und Bewohner darin zu stärken, anzuregen und zu unterstützen, sich für sich selbst sowie für Andere einzusetzen. Es geht also um die Förderung und Entfaltung zivilgesellschaftlicher Potenziale.

Aus den Fachdiskussionen um bürgerschaftliches bzw. freiwilliges Engagement ist bekannt, dass hierfür partizipative Rahmungen erforderlich sind. Freiwillige merken, wenn sie und ihr Einsatz instrumentalisiert werden, und lassen sich nicht bevormunden. Wer mitwirken soll, muss auch mitgestalten können und mitentscheiden dürfen. Hier werden Merkmale lokaler Settings einer lebendigen Demokratie deutlich: Es kann nicht über die Köpfe von Bürgerinnen und Bürgern hinweg regiert werden, sondern es sind Rahmungen erforderlich, in denen die Kommune vorrangig die Rolle der Steuerung und Koordinierung übernimmt. Entsprechende Modelle werden beispielsweise unter dem Begriff *local governance*² diskutiert. Dieses Konzept umfasst konkret beispielsweise Foren des öffentlichen Diskurses und Partizipationsmöglichkeiten. Was aber bedeutet dies für das Handlungsfeld kommunales Übergangsmanagement?

2 Vgl. bspw. Schwalb, Lilian/Walk, Heike (Hrsg.) (2007): *Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe?* (Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 24) Wiesbaden.

In der Diskussion wurde kommunales Übergangsmanagement operativ als sektoren- und bereichsübergreifendes Wohlfahrtsarrangement gerahmt, in dem die Rolle der Kommune darin besteht,

- Transparenz zu schaffen,
- Vernetzung herzustellen (und zu koordinieren, ggf. zu moderieren),
- strategisch zu steuern und
- ressortübergreifende Prioritäten zu setzen.

Voraussetzung hierfür ist das politische Mandat, das der kommunalen Führung sowohl Autorität als auch Legitimation verleiht. Für sektoren- und bereichsübergreifende Wohlfahrtsarrangements werden Handlungskonzepte sowie Kooperationen und Koproduktionen mit handlungsmächtigen Partnerinnen und Partnern vor Ort erforderlich.

Wie ressortübergreifend Priorisierungen vorgenommen, Kräfte gebündelt und Synergieeffekte erreicht werden, zeigen Beispiele aus der kommunalen Engagementförderung: Bewährt hat es sich etwa, politische Entscheider vor Ort (etwa Dezernats- bzw. Ressortleitungen) bspw. „in Klausur“ zusammenzubringen, sie für die Potenziale bürgerschaftlichen Engagements zu sensibilisieren, für gemeinsame Ziele zu gewinnen und ihren Erfahrungsaustausch zu befördern.

Schließlich wurde festgehalten, dass kommunales Übergangsmanagement eine Mindestinfrastruktur (Räume für Begegnung, für den Austausch) und eine qualifizierte Personalstelle als Ressource für Verlässlichkeit und Kontinuität braucht (als Moderatorin/Moderator, Ansprechperson etc.).

3 Fazit: Erfolgsfaktoren für ein kommunales Übergangsmanagement

Folgende Erfolgsfaktoren für kommunales Übergangsmanagement wurden am Ende des Workshops gemeinsam mit den Teilnehmenden aus der vorangegangenen Diskussion extrahiert und einhellig als bedeutsam beurteilt:

1. **Politischer Wille:** Kommunales Übergangsmanagement erfordert den politischen Willen der kommunal Verantwortlichen, die sich der Sache annehmen müssen. Von der kommunalen Spitze aus sollte eine entsprechende Haltung zugrunde gelegt werden, die im Idealfall in einem Leitbild verankert werden sollte. Beispiele hierfür finden sich in Leitbildern zur „Bürgerkommune“, „kooperativen Kommune“ oder zur „demografie-sensiblen Kommune“. Auf diese Weise kann auch die kommunale Verwaltung eingebunden werden, die für kommunales Übergangsmanagement unverzichtbar ist.
2. **Beteiligung der Zivilgesellschaft:** Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Potenziale – nicht zuletzt engagierter älterer Menschen selbst – stellt die Kernaufgabe kommunalen Übergangsmanagements dar. Hier geht es nicht nur darum, zivilgesellschaftliche Akteure „für die gemeinsame Sache“ zu gewinnen und zu vernetzen. Dies erfordert darüber hinaus auch neue Steuerungsmodelle jenseits herkömmlicher Formen „des Regierens“ (local governance) und Mitgestaltungs- und Mitentscheidungsspielräume für Bürgerinnen und Bürger.
3. **Mandat:** Das politische Mandat – verstanden auch als Auftrag – verleiht kommunalen Verantwortlichen Autorität und legitimiert sie in ihrer Repräsentation gemeinsamer Interessen.
4. **Sozialraumorientierung:** Der Sozialraum liefert das erforderliche und geeignete Organisationskonzept für kommunales Übergangsmanagement. Entsprechende Handlungskonzepte sollten sich an überschaubaren, spezifischen Kontexten (Bedarfen, Interessen, aber ebenso Ressourcen vor Ort) orientieren und ihnen Rechnung tragen. Besondere Herausforderungen stellen sich diesbezüglich im ländlichen Raum, wo die einzelnen überschaubaren Einheiten (Dörfer) mitunter in den Zuständigkeitsbereich übergeordneter Gebietskörperschaften fallen, deren Verwaltung und Steuerungszentrum fernab des Geschehens verortet ist.
5. **Sozialplanung und Organisationsentwicklung:** Kommunales Übergangsmanagement benötigt eine den spezifischen Kontexten passgerechte und den konkreten Handlungserfordernissen angemessene Sozialplanung und Organisation, also Strukturen, die ressortübergreifenden und sektorenübergreifenden Anliegen gerecht werden.
6. **Kommunale Anlaufstelle:** Kommunales Übergangsmanagement bedarf einer Anlaufstelle, die erforderliche Informationen bereithält, Angebot und Nachfrage verzahnen kann und als Schnittstelle und Knotenpunkt in den Netzwerken lokaler Kooperationen und Koproduktionen fungieren kann. Für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit braucht es eine verantwortliche Stelle, die die Koordination der gemeinsamen Arbeit übernimmt und für die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller am Netzwerk beteiligten Träger und Akteure Sorge trägt. Denn nur so ist die Netzwerkarbeit nachhaltig zu

sichern und sind gemeinsame Zielsetzungen zu gewährleisten. Diese Stelle sollte mit einer qualifizierten Ansprechperson besetzt sein.

7. **Promotoren finden/gewinnen:** Hilfreich sind auch Promotoren, deutungsmächtige bzw. einflussreiche Akteurinnen und Akteure, die für das gemeinsame Anliegen stehen und es bewerben können. Das können zum Beispiel „lokale politische Größen“, ortsbekannte Geschäftsleute, Vereinsvorsitzende oder auch die „alte Grundschullehrerin“ sein, die im Ort bekannt sind und deren Meinung geschätzt wird.
8. **Positive Effekte verdeutlichen:** Kommunales Übergangsmanagement lohnt sich! Bürgerschaftliches Engagement und Selbstorganisationen können mitunter Früchte tragen, die vorzeigbar sind. Dass sie sich letztlich nicht nur, aber auch ökonomisch auszahlen, kann auch dabei behilflich sein, Akteure aus der Wirtschaft einzubinden.
9. **Vielfältige Modelle zulassen:** Es gibt kein Passepartout für die Aufgaben, die mit den aktuellen Herausforderungen demografischer Entwicklungen einhergehen. In den Workshops des Runden Tisches wurde stets auf die Heterogenität des Alters und insbesondere der Generation der Babyboomer verwiesen. Dementsprechend unterschiedlich werden absehbar ihre Bedürfnisse und Interessen ausfallen, entsprechend vielfältig gestalten sich die damit verbundenen anstehenden Aufgaben. Dies erfordert auch vielfältige Ansätze der Bearbeitung.
10. **Menschen in prekären Lebenslagen im Blick halten:** Aus dem Freiwilligensurvey ist der starke Mittelschicht-Bias im bürgerschaftlichen Engagement bekannt; es engagieren sich mit Blick auf Bildung und Finanzen vor allem Angehörige der Mittelschicht. Wenn kommunales Übergangsmanagement im Kern die Förderung von Engagement und Selbstorganisation zur Aufgabe hat, besteht infolgedessen das Risiko, diejenigen zu verfehlen, die es am dringendsten brauchen. Daher sollte es ein besonderes Sensorium für Menschen in schwierigen Lebenslagen entwickeln.

Anhang 1: Konzept und Programm

Workshop „Kommunales Übergangsmanagement II“ der AG „Übergänge gestalten“

28.04.2016, Frankfurt a. M.



Sozialpolitische Fachdiskurse zu „Übergängen“ konzentrierten sich bislang vor allem auf jüngere Menschen und ihre Beschäftigungsfähigkeit nach Schule und Ausbildungszeit. Mittlerweile werden angesichts einer durchschnittlich gestiegenen Lebenserwartung und hinzugewonnener Lebenszeit die Übergänge älterer Menschen von der Erwerbs- in die nachberufliche Lebensphase zunehmend relevanter; insbesondere weil wir ab 2020 und von da an etwa über zehn Jahre mit einer abrupt ansteigenden Anzahl von Seniorinnen und Senioren rechnen müssen, die diesen Übergang vollziehen werden (Stichwort: Babyboomer): Zwischen 2020 und 2032 werden ca. 13 Millionen Menschen in den Ruhestand eintreten, die im Vergleich zu vorangegangenen Kohorten im Durchschnitt ein höheres Bildungsniveau und einen besseren Gesundheitszustand aufweisen (Dehne/Hoffmann 2016: 5)³.

Außerdem ist die nachberufliche Lebensphase durch mehrere, miteinander verwobene Übergänge gekennzeichnet, die ältere Menschen mit neu zu bewältigenden Aufgaben konfrontieren: Die Aufrechterhaltung bzw. Schaffung gesellschaftlicher Teilhabe erfordert nunmehr verstärkt eigene Aktivitäten und die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen im Wohnumfeld. Mit Blick auf ein selbstbestimmtes Leben in Teilhabe gewinnt aus der Perspektive älterer Menschen die Auseinandersetzung mit dem Erhalt der eigenen Gesundheit und Fitness an Bedeutung. Und schließlich bringt die gewonnene Zeit die Herausforderung mit sich, sie zur eigenen Freude und Zufriedenheit gestalten und für sinnvolle, durchaus auch dem Gemeinwesen zugutekommende Betätigungen nutzen zu können.

Aufgrund einer Vielzahl gesellschaftlicher Transformationen (Individualisierung, Globalisierung, Wissensgesellschaft, neue Arbeitswelten, Digitalisierung) scheint es, als seien die Babyboomer eine Generation im Übergang zu sein (ebd.). Unklar ist, welche Auswirkungen dies auf ihre Lebensgestaltung nach dem Berufsleben hat, welche Ansprüche sich daraus an das Wohnen und die Lebenswelt und welche Chancen sich für die Kommunen ergeben. Zudem stellt sich die Frage, wie dieses beträchtliche Potenzial für Zivilgesellschaft und Dritten Sektor (Vereine, Verbände etc.) aktiviert werden kann.

Die hieraus erwachsenden Aufgaben sind so vielfältig wie das Alter selbst: In seiner Diversität ist Alter durch unterschiedlichste Interessen und Bedürfnisse gekennzeichnet. Bewältigt werden müssen diese Aufgaben vor Ort. Insofern stellt sich zuvorderst die Frage,

³ Dehne, Peter/Hoffmann, Jens (2016): Die Generation Babyboomer – Übergänge gestalten, Verantwortung der Kommunen. Vorläufiger Bericht auf Grundlage der Präsentation zum Kommunalworkshop am 10. Februar 2016 in Hannover.

inwiefern die Kommunen das Phänomen Babyboomer als langfristige, sich über die Zeit verändernde Aufgabe erkennen und hierfür gerüstet sind.

Bereits im Rahmen des vom BMFSFJ initiierten Modellprogramms „Aktiv im Alter“ wurde 2008 unter Einbeziehung relevanter gesellschaftlicher Akteure das „Memorandum Mitgestalten und Mitentscheiden – Ältere Menschen in der Kommune“⁴ erstellt und von der BAGSO herausgegeben. Im Kern geht es auch hier darum, die Alterung unserer Gesellschaft weniger als Belastung denn als Chance für die Kommunen zu begreifen und Voraussetzungen zu schaffen, ein aktives Alter zu fördern und nutzbar zu machen. Im Mittelpunkt steht dabei die Partizipation älterer Menschen, ihr Bedürfnis und ihr Wille, im Gemeinwesen mitentscheiden und mitgestalten zu können. Die im Memorandum entwickelten Handlungsperspektiven bezüglich einer erforderlichen Mindestinfrastruktur erscheinen nach wie vor gültig, berücksichtigen indes noch nicht die Babyboomer.

Vor diesem Hintergrund geht die Arbeitsgruppe „Übergänge gestalten“ des Runden Tisches Aktives Altern unter Hinzuziehung externer Expertise im April 2016 in zwei Workshops unter dem Titel „Kommunales Übergangsmanagement“. In beiden Workshops geht es um die Unterstützung von Selbsthilfe bzw. „Selbstsorge“, Selbstorganisation und um Vernetzung im demografischen Wandel (vgl. Bott 2012)⁵; Redundanzen über beide Workshops hinweg sind demnach bereits in ihrer Konzeption impliziert.

Stand auf dem ersten Workshop die „zivilgesellschaftliche“ bzw. „Dritt-Sektor-Perspektive“ im Mittelpunkt des Interesses, soll es nunmehr um die „kommunale Perspektive“ gehen: Welche Auswirkungen erwachsen aus dem Phänomen Babyboomer für das unmittelbare Lebensumfeld und welche Anforderungen ergeben sich hieraus für die Kommunen? Inwieweit sind die Kommunen hierfür sensibilisiert und vorbereitet? Welches Steuerungsverständnis braucht die Kommune zur Bearbeitung anstehender Anforderungen? Welche Handlungs- und Politikempfehlungen für Kommunen, Länder und Bund resultieren hieraus?

Diesen Fragen soll im Workshop „Kommunales Übergangsmanagement II“ nachgegangen werden: Zunächst werden sie in zwei Inputs, jeweils einem aus Wissenschaft sowie aus der Praxis, erschlossen, um anschließend im Kreis der teilnehmenden Expertinnen und Experten diskutiert und bearbeitet zu werden. Ziel ist die Entwicklung von Handlungsperspektiven und -empfehlungen insbesondere für Kommunen.

4 Vgl. <http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/Publikationen/Memorandum.pdf> (10.03.2016).

5 Jutta M. Bott (2012): Konzepte sozialraumorientierter Unterstützung von Selbstsorge, Selbstorganisation und Vernetzung im demografischen Wandel. In: sozialraum.de (4) Ausgabe 2/2012.

Workshop

„Kommunales Übergangsmanagement II“

am 28.04.2016 in Frankfurt a. M.

10:15 Uhr **Ankommen mit Kaffee und Tee**

10:45 Uhr ***Begrüßung und Eröffnung***
Benjamin Landes, ISS-Frankfurt a. M.

Grußwort Bundesfamilienministerium
Peter Kupferschmid, BMFSFJ, Leiter Referat 311

11:00 Uhr ***Impulse I: Grundlagen***

Die Generation Babyboomer und kommunales Übergangsmanagement
Prof. Dr. Peter Dehne, Hochschule Neubrandenburg

Ein zeitgemäßes Steuerungsverständnis der Kommune
Ursula Woltering, Fachbereichsleiterin Jugend und Soziales der Stadt Ahlen

12:15 Uhr **Mittagspause**

12:45 Uhr ***Impulse II: Statements***

Welches Anliegen bringe ich mit in den Workshop?
(kurze Statements der Teilnehmenden)

13:45 Uhr ***Diskussion im Plenum:***
Handlungserfordernisse im Bereich
„Kommunales Übergangsmanagement“

14:45 Uhr **Kaffeepause**

15:00 Uhr ***Fortsetzung der Diskussion und Ergebnissicherung***

16:15 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Moderation: Benjamin Landes, Direktor ISS-Frankfurt a. M.

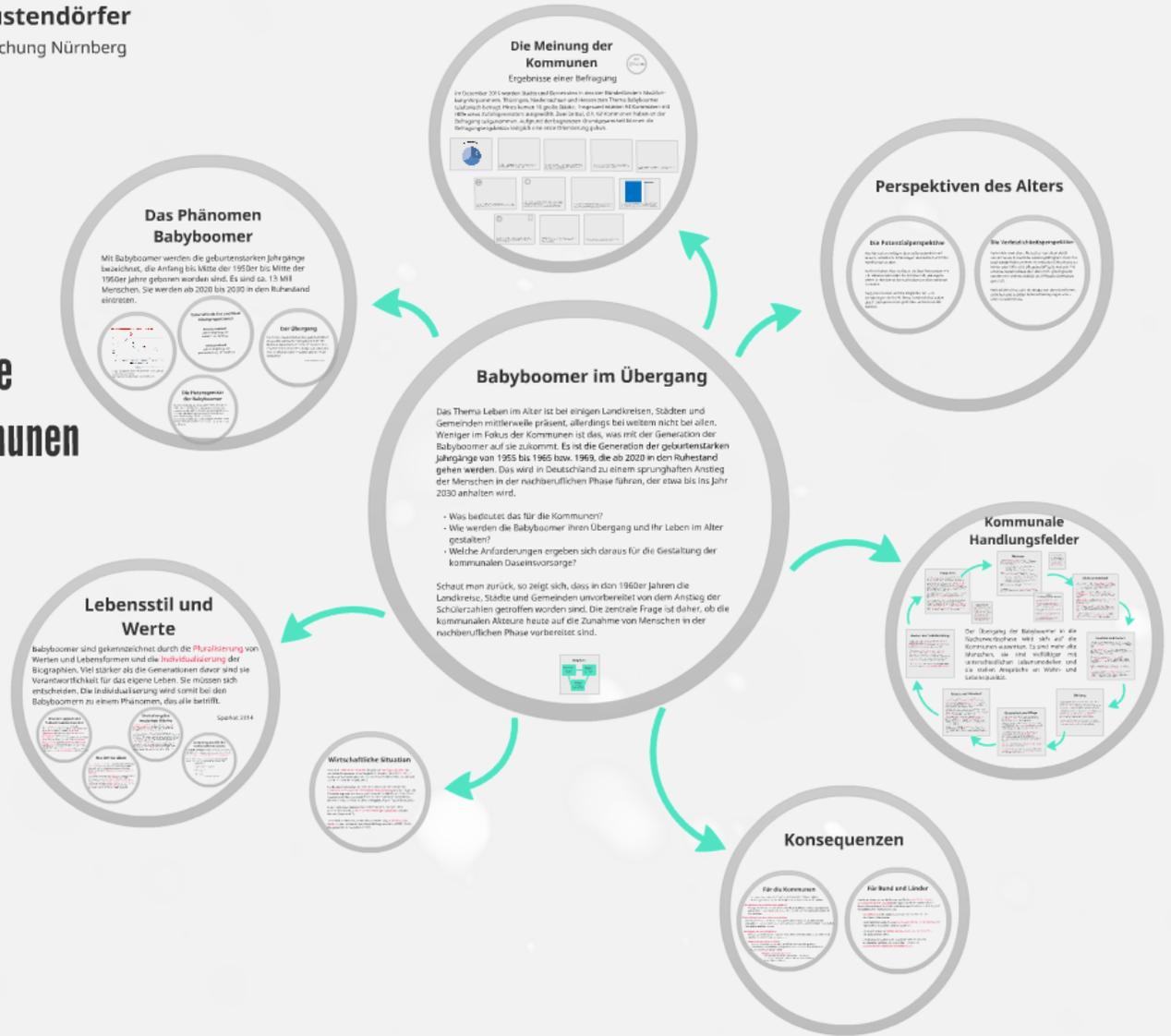
Peter Dehne, Jens Hoffmann
 Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V.
 an der HS Neubrandenburg

Werner Wüstendörfer
 Emwe-Sozialforschung Nürnberg

Die Generation Babyboomer - Übergänge gestalten, die Verantwortung der Kommunen

Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Vorstellung auf dem Kommunalworkshop am 10. Februar 2016 in Hannover



Übergang

zwischen von geburtenstarken
Jahrgängen sind nicht
Verhältnisse zwischen den
Jahrgängen abrupft auf. Dies wird
den Anpassungsdruck noch

Übergang, Babyboomer (2006/10)

Babyboomer im Übergang

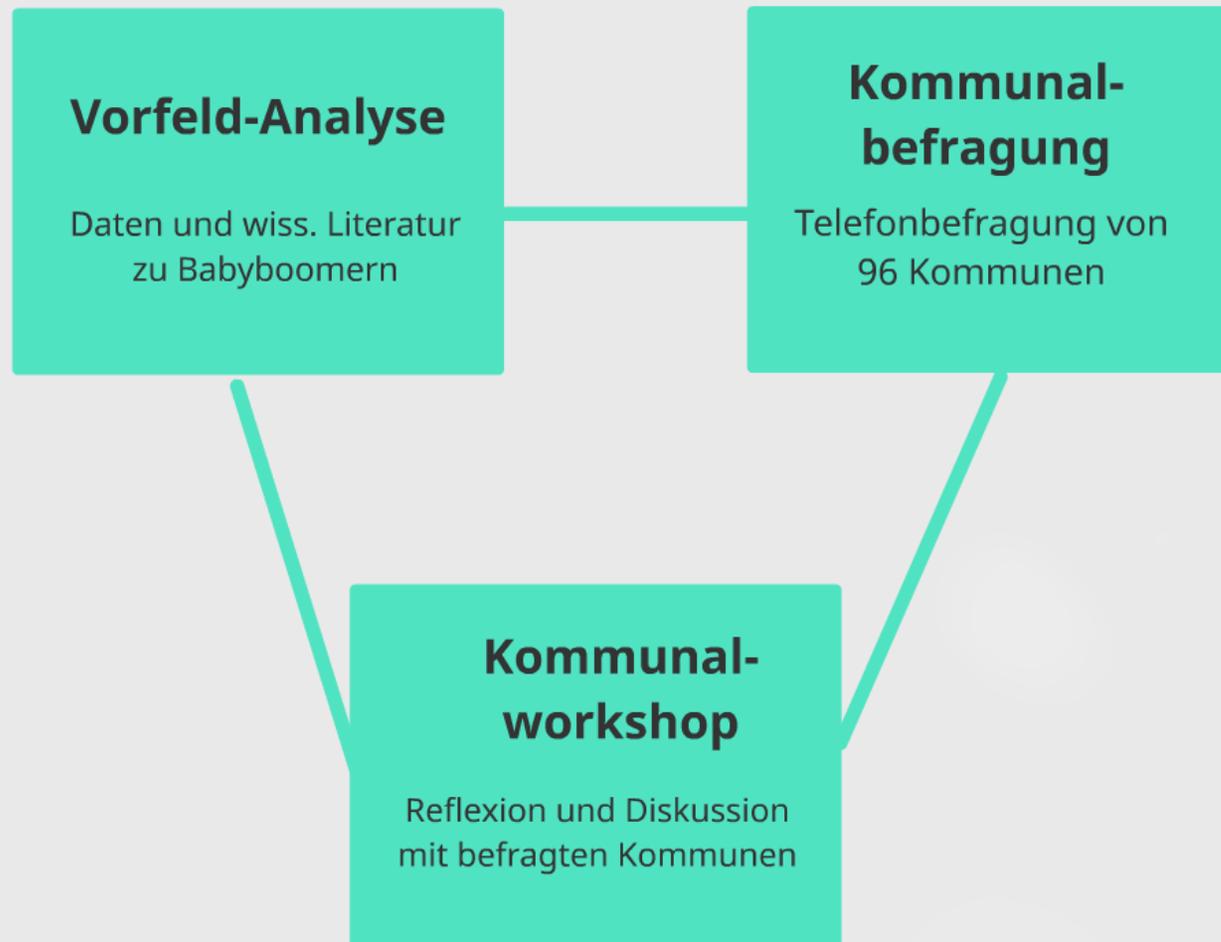
Das Thema Leben im Alter ist bei einigen Landkreisen, Städten und Gemeinden mittlerweile präsent, allerdings bei weitem nicht bei allen. Weniger im Fokus der Kommunen ist das, was mit der Generation der Babyboomer auf sie zukommt. Es ist die Generation der geburtenstarken Jahrgänge von 1955 bis 1965 bzw. 1969, die ab 2020 in den Ruhestand gehen werden. Das wird in Deutschland zu einem sprunghaften Anstieg der Menschen in der nachberuflichen Phase führen, der etwa bis ins Jahr 2030 anhalten wird.

- Was bedeutet das für die Kommunen?
- Wie werden die Babyboomer ihren Übergang und ihr Leben im Alter gestalten?
- Welche Anforderungen ergeben sich daraus für die Gestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge?

Schaut man zurück, so zeigt sich, dass in den 1960er Jahren die Landkreise, Städte und Gemeinden unvorbereitet von dem Anstieg der Schülerzahlen getroffen worden sind. Die zentrale Frage ist daher, ob die kommunalen Akteure heute auf die Zunahme von Menschen in der nachberuflichen Phase vorbereitet sind.



Vorgehen



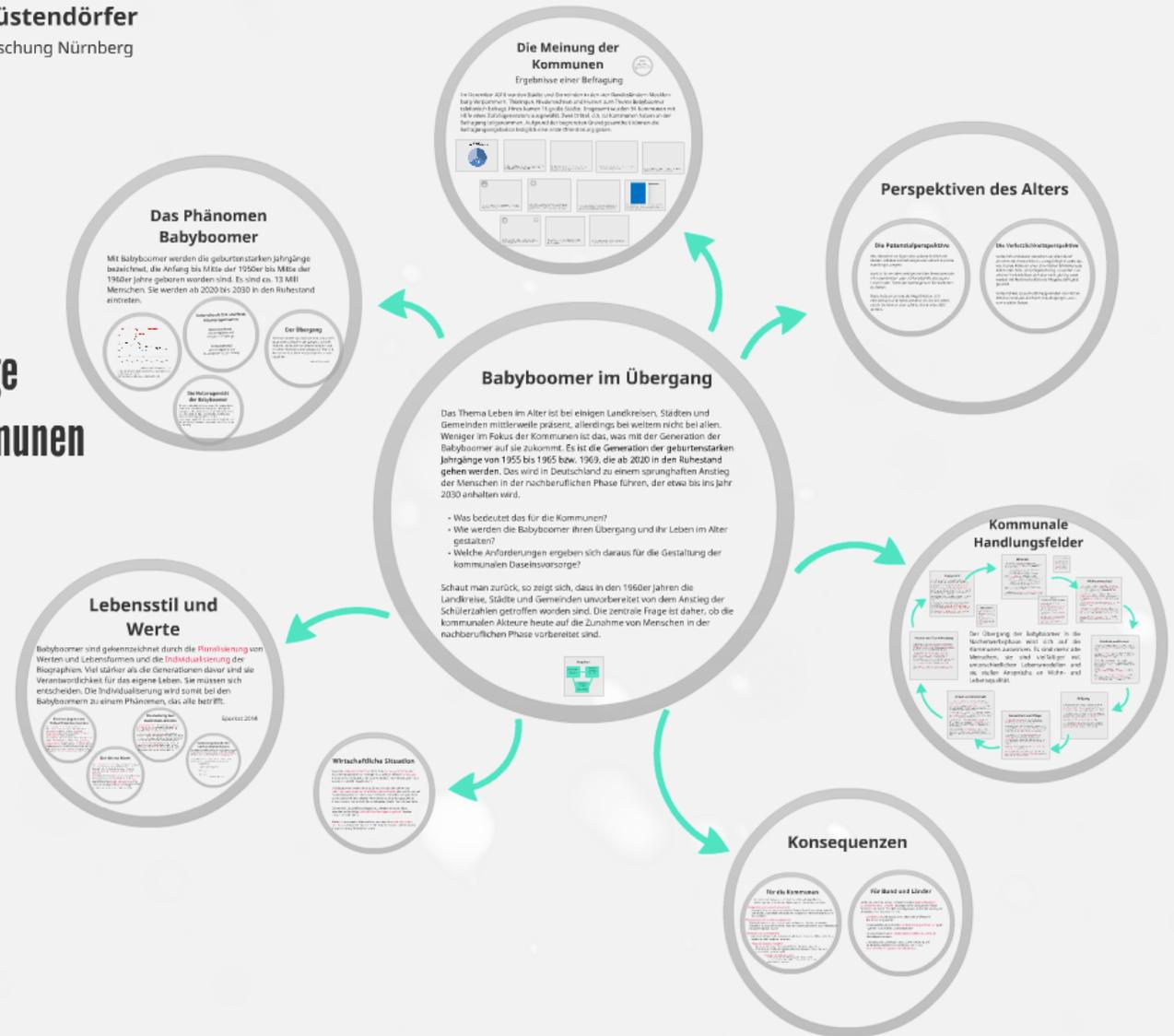
Peter Dehne, Jens Hoffmann
 Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V.
 an der HS Neubrandenburg

Werner Wüstendörfer
 Emwe-Sozialforschung Nürnberg

Die Generation Babyboomer - Übergänge gestalten, die Verantwortung der Kommunen

Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Vorstellung auf dem Kommunalworkshop am 10. Februar 2016 in Hannover



Das Phänomen Babyboomer

Mit Babyboomer werden die geburtenstarken Jahrgänge bezeichnet, die Anfang bis Mitte der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre geboren worden sind. Es sind ca. 13 Mill Menschen. Sie werden ab 2020 bis 2030 in den Ruhestand eintreten.

Anzahl der Lebendgeborenen 1946-2012



In den Kommunen nimmt die Anzahl der über 65jährigen bis 2035 um bis zu 60 % zu.
Dann werden der Jahrgänge 1955 80 Jahre alt.

Unterschiede Ost und West Altersproportionen

Westdeutschland:
zehn 30-40jährige auf
dreizehn 60-70jährige

Ostdeutschland:
zehn 30-40jährige auf
zweiundzwanzig 60-70jährige

Der Übergang

Die Unterschiede zwischen von geburtenstarken zu geburtenschwachen Jahrgängen sind nicht fließend. Die Größenverhältnisse zwischen den einzelnen Kohorten treten abrupt auf. Dies wird den gesellschaftlichen Anpassungsdruck noch verstärken.

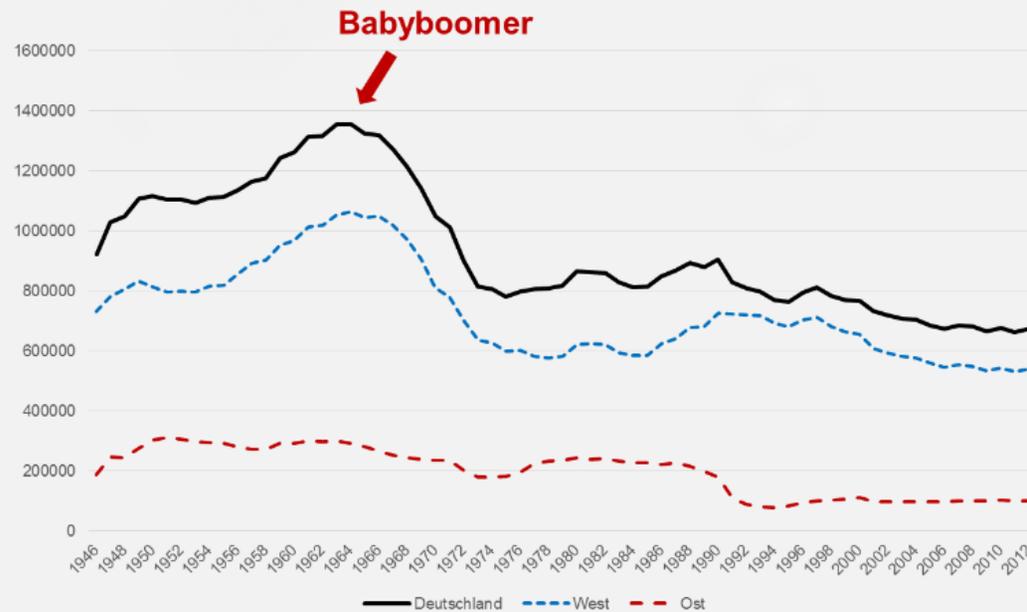
©König, Hoffmann 2002: 101

Die Heterogenität der Babyboomer

Ein einheitliches Bild der Babyboomer-Generation gibt es nicht. Sie ist vielmehr durch eine große Heterogenität geprägt. Gesellschaftliche Prozesse der Individualisierung und einer stärkeren Eigenverantwortlichkeit führen zu einer Pluralisierung der Lebensstile. Der Generationenwandel des Alters verstärkt die Vielfalt noch einmal. Wichtige Parameter sind soziale Lage, Einkommen und Bildung.

unen

Anzahl der Lebendgeborenen 1946-2012



4

Vortragsfolien Dr. Julia Simonson, Deutsches Zentrum für Altersfragen am 12. Oktober 2005 in Frankfurt am Main; Quelle: Statistisches Bundesamt 2014, Fachserie 1, Reihe 1.1 West; seit 2001 ohne Berlin-West; Ost; seit 2001 ohne Berlin-Ost

In den Kommunen nimmt die Anzahl der über 65jährigen bis 2035 um bis zu 60 %.

Dann werden der Jahrgänge 1955 80 Jahre alt.

Unterschiede Ost und West Altersproportionen

Westdeutschland:

zehn 30-40jährige auf
dreizehn 60-70jährige

Ostdeutschland:

zehn 30-40jährige auf
zweiundzwanzig 60-70jährige

D
z
f
e
d
v

Der Übergang

Die Unterschiede zwischen von geburtenstarken zu geburtenschwachen Jahrgängen sind nicht fließend. Die Größenverhältnisse zwischen den einzelnen Kohorten treten abrupt auf. Dies wird den gesellschaftlichen Anpassungsdruck noch verstärken.

(Menning, Hoffmann 2009: 16)

Die Heterogenität der Babyboomer

Ein einheitliches Bild der Babyboomer-Generation gibt es nicht. Sie ist vielmehr durch eine große Heterogenität geprägt. Gesellschaftliche Prozesse der Individualisierung und einer stärkeren Eigenverantwortlichkeit führen zu einer Pluralisierung der Lebensstile. Der Generationenwandel des Alterns verstärkt die Vielfalt noch einmal. Wichtige Parameter sind soziale Lage, Einkommen und Bildung.

Lebensstil und Werte

Babyboomer sind gekennzeichnet durch die **Pluralisierung** von Werten und Lebensformen und die **Individualisierung** der Biographien. Viel stärker als die Generationen davor sind sie Verantwortlich für das eigene Leben. Sie müssen sich entscheiden. Die Individualisierung wird somit bei den Babyboomern zu einem Phänomen, das alle betrifft.

Kindheit, Jugend und frühes Erwachsenwerden

Die **Nachkriegsgeneration** ist geprägt durch ihre Erfahrungen im Krieg und den Aufbau in den 1950er Jahren. Sie haben einerseits Hungerzeiten, **Verzicht und Entbehrung** erlebt, andererseits die Erfahrung mit **Arbeit und Gerechtigkeit** etwas zu erreichen. Die **Babyboomer** wuchsen in der westdeutsche Friedens- und Wohlstandsperiode auf. Sie erlebten erstmals eine **globalisierte Jugendkultur** und die **Auflösung traditioneller und kultureller Werte**. Begleitet wurde das von der Expansion des Bildungssystems, der wachsenden Bedeutung von Leistung und körperlicher Fitness und später einer immer kürzeren **Halbwertszeit bei technischen Neuerungen**. (Köppfinger 2005)

Dreiteilung des modernen Alters

1. **Autonomes Benutzen**: Es ist geprägt von einer hohen sozialen und persönlichen Selbstständigkeit, abhängig von den finanziellen und psychischen Ressourcen. Altersdiskrimin., Fremden-, Engpass- oder persönliche Interessen und Hobbys sind Objekte.
2. **Frühes Alter**: Körperliche Einschränkungen sind gesundheitliche Beschwerden verhindern eigenständiges Leben und erfordern ein "Maßhalten" der Kräfte. Die Lebensphase erzwingt häufig einen neuen Lebensrhythmus im Verhältnis mit einer stärkeren Konzentration auf die eigene Wohnung und die Wohnmittel. Ggf. ist man auf Hilfe und Unterstützung angewiesen.
3. **Phase der Pflegebedürftigkeit**: Menschen in dieser Altersphase sind aufgrund von natürlichen Schwankungen oder chronischen Schäden nicht mehr in der Lage einen Haushalt selbstständig zu führen. Sie sind auch häufig auf **professionelle** angewiesen. Aber natürliche Menschen sind in hohen Alter abhängig und pflegebedürftig.

Sporket 2014

Die Art zu leben

Die **Nachkriegsgeneration** ist entsprechend ihren Erfahrungen sparsam und genügsam. Sie gibt sich mit wenig zufrieden, "hebe auf" und im Kaufverhalten konservativ. Es ist eine Generation, die auf den **Nutzen** orientiert ist, **konservativ und beharrend**. Die nachfolgende Generation der **Babyboomer** ist anspruchsvoller. Sie melden weit mehr Bedürfnisse und Wünsche an, sind aktiv, reiffröhlich und haben eine **flexiblen Lebens Einstellung**. Dementsprechend sind sie kritische Konsumenten und Käufer, sehr engagiert, gerichtsorientiert, marken- und qualitätsbewusst. Sie achten auf ihre **Gesundheit**, sind eher **offen für Neues** und haben grundsätzlich eine positive Lebens Einstellung. (Lehr 2006)

Gestaltungsmodelle des nachberuflichen Lebens

Einerseits ist eine verstärkte Individualisierung und Destrukturierung von Lebensstilen auch im Alter erkennbar. Andererseits bewegt sich das "neue Alter" der Babyboomer in einem Spannungsfeld zwischen **neuen Freiheiten und neuen (gesellschaftlichen) Verpflichtungen**.

Vier Gestaltungsmotive des nachberuflichen Lebens lassen sich identifizieren, die auch immer häufiger kombiniert werden:

1. Weitermachen,
2. nachberufliches Engagement,
3. Befreiung oder
4. Nachhaken.

(nach Augst, Eng 2000)

Kindheit, Jugend und frühes Erwachsenwerden

Die **Nachkriegsgeneration** ist geprägt durch ihre Erfahrungen im Krieg und den Aufbau in den 1950er Jahren. Sie haben einerseits Hungerzeiten, **Verzicht und Entbehrung** erlebt, andererseits die Erfahrung mit **Arbeit und Genügsamkeit** etwas zu erreichen.

Die **Babyboomer** wuchsen in der westdeutsche Friedens- und Wohlstandsperiode auf. Sie erlebten erstmals eine **globalisierte Jugendkultur** und die **Auflösung traditioneller und kultureller Werte**. Begleitet wurde das von der Expansion des Bildungssystems, der wachsenden Bedeutung von Leistung und körperlicher Fitness und später einer immer kürzeren Halbwertszeit bei **technischen Neuerungen**. (Höpflinger 2005)

Die

edeutung von Leistung
er immer kürzeren
en. (Höpflinger 2005)

Schäden nicht mehr in der Lage
Sie sind auch im Alltag auf Hil
Menschen sind im hohen Alte

Die Art zu leben

Die **Nachkriegsgeneration** ist entsprechend ihren Erfahrungen sparsam und genügsam. Sie gibt sich mit wenig zufrieden, "hebt auf" und im Kaufverhalten konservativ. Es ist eine Generation, die auf den **Nutzen** orientiert ist, **konservativ und beharrend**.

Die nachfolgende Generation der **Babyboomer** ist anspruchsvoller. Sie melden weit mehr Bedürfnisse und Wünsche an, sind aktiv, reisebegeistert und haben eine **freizeitorientierte Lebenseinstellung**. Dementsprechend sind sie **kritische Konsumenten und Bürger**, sehr engagiert, genussorientiert, marken- und qualitätsbewusst. Sie achten auf ihre **Gesundheit**, sind eher **offen für Neues** und haben grundsätzlich eine positive Lebenseinstellung. (Lehr 2006)

Dreiteilung des modernen Alterns

1. Autonomes Rentenalter: Es ist geprägt von einer **hohen sozialen und persönlichen Selbstständigkeit**, abhängig von den finanziellen und psychischen Ressourcen. Altersteilzeit, Ehrenamt, Engagement oder persönliche Interessen und Hobbys sind Optionen.

2. Fragiles Alter: Körperliche Einschränkungen und gesundheitliche Beschwerden erschweren eigenständiges Leben und erfordern ein Haushalten der Kräfte. Die Lebensphase erzwingt häufig einen neuen Lebensrhythmus in Verbindung mit einer stärkeren Konzentration auf die eigene Wohnung und das Wohnumfeld. Ggf. ist man auf Hilfe und Unterstützung angewiesen.

3. Phase der Pflegebedürftigkeit: Menschen in dieser Altersphase sind aufgrund von körperlichen Einschränkungen oder hirnorganischen Schäden nicht mehr in der Lage einen Haushalt selbstständig zu führen. Sie sind auch im Alltag auf **Hilfe und Pflege** angewiesen. Aber nicht alle Menschen sind im hohen Alter abhängig und pflegebedürftig.

eben

Einerseits
von Leben
das "neue
neuen Fre

Vier Gestal
identifizier

e
n Haushalten
rhythmus in
nung und
wiesen.

sind
en
ühren.
nt alle

Gestaltungsmodelle des nachberuflichen Lebens

Einerseits ist eine verstärkte Individualisierung und Destandardisierung von Lebensläufen auch im Alter erkennbar. Andererseits bewegt sich das "neue Altern" der Babyboomer in einem **Spannungsfeld zwischen neuen Freiheiten und neuen (gesellschaftlichen) Verpflichtungen.**

Vier Gestaltungsmotive des nachberuflichen Lebens lassen sich identifizieren, die auch immer häufiger kombiniert werden:

1. Weitermachen,
2. nachberufliches Engagement,
3. Befreiung oder
4. Nachholen.

(nach Aepli, Eng 2008)

Wirtschaftliche Situation

Sowohl die **Einkommenssituation** als auch die **Vermögenssituation** der deutschen Babyboomer ist im Vergleich zu anderen Kohorten **relativ gut**. Nicht so erfreulich ist jedoch die zu erwartende Einkommenssituation nach dem Renteneintritt. (Copolla 2011)

Die Babyboomer werden die erste Generation sein, die voll von den **Leistungsabsenkungen der öffentlichen Alterssicherung** und den Folgen der Privatisierung sozialer Sicherung betroffen ist und künftig sein wird. Diese Generation ist mit einer deutlich veränderten Struktur der gesetzlichen Alterssicherung konfrontiert. (Motel-Klingebiel, Wurm, Tesch-Römer 2010)

Es kann nicht abschließend eingeschätzt werden, inwieweit diese potenziellen Abschlüge **durch privates Vermögen abgedeckt** werden können. (Copolla 2011)

Zusätzlich erschwerend könnte hinzukommen, dass **mehr Menschen kinderlos** sind und somit diese Unterstützungsressource entfällt. (Motel-Klingebiel, Wurm, Tesch-Römer 2010)

Perspektiven des Alters

Die Potenzialperspektive

Alte Menschen verfügen über außerordentlich viel Wissen, reflektierte Erfahrungen und vielfach erprobte Handlungsstrategien.

Auch im hohen Alter verfügen sie über Ressourcen wie z.B. Lebenswissen oder die Bereitschaft, das eigene Leben in den Dienst der nachfolgenden Generationen zu stellen.

Diese Ressourcen und die Möglichkeiten, sich einzubringen sind nicht überall und nicht bei jedem gleich. Sie können aber gefördert und unterstützt werden.

Die Verletzlichkeitsperspektive

Verletzlich sind ältere Menschen vor allem durch abnehmende körperliche Leistungsfähigkeit sowie das wachsende Risiko an einer chronischen Erkrankung zu leiden oder hilfe- und pflegebedürftig zu werden. Die erhöhte Verletzlichkeit darf aber nicht gleichgesetzt werden mit Multimorbidität und Pflegebedürftigkeit generell.

Verletzlichkeit ist auch abhängig von den räumlichen, örtlichen und sozialen Rahmenbedingungen sowie vom sozialen Status.

Die Potenzialperspektive

Alte Menschen verfügen über außerordentlich viel Wissen, reflektierte Erfahrungen und vielfach erprobte Handlungsstrategien.

Auch im hohen Alter verfügen sie über Ressourcen wie z.B. Lebenswissen oder die Bereitschaft, das eigene Leben in den Dienst der nachfolgenden Generationen zu stellen.

Diese Ressourcen und die Möglichkeiten, sich einzubringen sind nicht überall und nicht bei jedem gleich. Sie können aber gefördert und unterstützt werden.

Die Verletzlichkeitsperspektive

Verletzlich sind ältere Menschen vor allem durch abnehmende körperliche Leistungsfähigkeit sowie das wachsende Risiko an einer chronischen Erkrankung zu leiden oder hilfe- und pflegebedürftig zu werden. Die erhöhte Verletzlichkeit darf aber nicht gleichgesetzt werden mit Multimorbidität und Pflegebedürftigkeit generell.

Verletzlichkeit ist auch abhängig von den räumlichen, örtlichen und sozialen Rahmenbedingungen sowie vom sozialen Status.

Wohnen

1. Die meisten Menschen wünschen sich, so lange wie möglich **eigenständig und selbstverantwortlich** in ihrer gewohnten Umgebung zu leben. An Bedeutung wird daher allein aufgrund der steigenden Anzahl älterer Menschen gewinnen:

- barrierearme und altersgerechte Wohnungen und Wohnumfeld,
- ein sicheres und lärmfreies Wohnumfeld,
- Pflege- und Unterstützungsangebote im Quartier sowie
- Arzt, Versorgung und Mobilitätsangebote in erreichbarer Nähe.

2. Die **Klein- und Kleinsthaushalte** mit älteren Menschen werden zunehmen. Vier zentrale Veränderungen können beobachtet werden:

- ein höherer Anteil älteren Männer und Frauen in Einpersonenhaushalten,
- ein höherer Anteil älterer Menschen in einem Paarhaushalt,
- weniger ältere Frauen und Männer, die mit einem ihrer Kinder wohnen
- das Zusammenleben mit anderen verwandten Personen in seltener geworden. (vgl. Höpflinger 2004 für die Schweiz)

3. Die **Eigentumsquote** der 40-85jährigen liegt bei 60%. Die Quote ist bei den 55-69jährigen mit 69% am höchsten

4. Es gibt heute ausgeprägte **regionale und auch kleinregionale Unterschiede** in Bezug auf die Wohnqualität und Versorgung. Diese Unterschiede werden zunehmen.

Gemeinschaftliches Wohnen

1. In einer Generation, die in der Jugend eine "kollektiv-genossenschaftliche" Lebensphase erlebte, werden **Alters-Wohngemeinschaften** - als Gegenbewegung zur Individualisierung - **eher akzeptiert**, finden aber dennoch nur bei einer Minderheit konkrete Zustimmung. (Perrig-Chiello, Hoepflinger 2009).

2. **Hausgemeinschaftliches Wohnen** in Verbindung mit Gemeinschaftsnutzungen findet ein etwas größeres Interesse. Es wird als **Ergänzung der eigenen Individualität mit gemeinschaftlichen Kontakten** gesehen, die über unverbindliche Nachbarschaftskontakte hinausgehen; "zusammen allein leben". (Perrig-Chiello, Hoepflinger 2009).

Wohnortwechsel

1. Wohnmobilität erfolgt im Alter sowohl aus selbstbestimmten als auch aus fremdbestimmten Gründen. Bei den **Babyboomern dominieren selbstbestimmte Gründe**. Diese haben meist biografische Wurzeln. Bei der Nachkriegsgeneration standen praktische Gründe wie eine kleinere Wohnung oder der Umzug aus gesundheitlichen Gründen im Vordergrund.
2. Bei Haushalten mit guter Bildung und Einkommen besteht eine **größere Umzugsbereitschaft** vor allem mit dem Übergang in die Nacherwerbsphase. **Umzugsgründe sind wohnbezogen und/oder familiär**. Wer allein lebt ist mobiler. Häufig geht es auch darum, sich eine Wohnform zu suchen, die Vereinsamung verhindert.
3. Die **Umzugsbereitschaft** ist größer je stärker **Freunde und Kinder regional oder national verstreut** sind. Bei den Babyboomern sind dies rund 45% (Daten für die Schweiz, Zimmerli 2013).
4. Die **konsum-, genuss und qualitätsorientierte Art zu leben** hat auch Auswirkungen auf die Ansprüche an und die Wahl der Wohnstandorte. Damit gewinnt die Lebensqualität an Bedeutung und die Frage nach **lokalen Push- und Pull-Faktoren**, wie z.B. Klima, Infrastruktur, Lebensweise, Sicherheit. (Stafford 2009)
5. Dennoch überwiegt auch zukünftig das **"Aging in place"**. Die Sesshaftigkeit hängt oft mit einer hohen **Wohnzufriedenheit und mit Erinnerungen und biografischer Kontinuität** zusammen. Sie ist in ländlichen Gemeinden generell höher.

Wohnen

Anforderungen an die Kommunen

1. Anzahl und Ansprüche der Babyboomer, aber auch der Bedarf nach kostengünstigen Wohnformen werden sich auf den **lokalen Immobilienmarkt** auswirken.
2. Die **Gestaltung und Qualität der unmittelbaren Wohnumgebung**, von Dorf und Quartier für ältere Menschen gewinnen an Bedeutung.
3. Wichtig ist darüber hinaus die **Einbindung in die soziale Strukturen**, die Möglichkeit der Teilhabe und der Beteiligung vor Ort.
4. Die Anforderungen an **Quantität und Qualität sowie die innerörtliche Lage** besonderer Wohn- und Betreuungsformen sowie an altengerechte Angebote steigen.
5. Ein Teil der Babyboomer möchte umziehen ist dabei aber wählerisch. Kommunen können **Babyboomer als Zielgruppe** "anwerben" bzw. von anderen Kommunen "abwerben". Dabei kommt es auf die **spezifische Lebensqualität vor Ort und das Image** an.
6. **Gemeinschaftliches oder ausgemeinschaftliches Wohnen** und Wohnengemeinschaften können angesichts der Biographien der Babyboomer in Zukunft **an Bedeutung gewinnen**.

Mobilität und Freizeit

1. Das Freizeitverhalten ändert sich mit der Pensionierung wenig. Es ist vielmehr stark geprägt durch vorherige Interessen und Aktivitäten. Dies ist mit ein Grund, weshalb **Babyboomer im Alter aktiver** sein werden. (Perring-Chiello, Höpflinger 2009).
2. Die **Reise- und Verkehrsmobilität** älterer Menschen wird in den nächsten Jahren weiter **ansteigen**. Gründe sind bessere Gesundheit, mehr ungebundene Zeit, höhere Autoverfügbarkeit und die Tatsache, dass Mobilität zum Leben gehört. (Perring-Chiello, Höpflinger 2009).
3. Die Generation der Babyboomer wird auch im höheren Alter eine **unbegrenzte Mobilität ohne Altersdiskriminierung** einfordern. Kommunen müssen daher Mobilität auch bei körperlich-funktionalen Einschränkungen gewährleisten und behindertengerechte Angebote schaffen. (Perring-Chiello, Höpflinger 2009).
4. Mit der hohen private Mobilität älterer Menschen kann die unmittelbare **Nachbarschaft für aktive ältere Menschen an Bedeutung verlieren**. (Höpflinger 2005).
5. Andererseits nehmen **außerhäusliche Aktivitäten** in vielfältigen Formen zu. Damit werden Zwischenräume und **Kommunikationsorte** wie Cafés, Gemeinschaftszentren und Treffpunkte sowie eine lebendige Gestaltung von **Außenräumen** wichtiger. (Perring-Chiello, Höpflinger 2009).

Bildung

1. Die Babyboomer sind die erste Generation, die sich auch in den späten Berufsjahren weiterbilden mussten. Für sie ist **lebenslanges Lernen zum Alltag** geworden. Lebenslanges Lernen ist geradezu zur Existenznotwendigkeit geworden. (Lehr 2006).
2. Lebenslanges Lernen dient insbesondere auch der Bewältigung der nachberuflichen Phase und des Alters zur **Erhaltung kognitiver Fähigkeiten und Erfahrungsverarbeitung** (Biographiearbeit). (Pierrig-Chiello, Hoepfinger 2009).
3. Bildung und Weiterbildungsangebote bieten die Möglichkeit, das **Soziale Kapital einer Kommune** und damit das Engagement zu stärken. (Simson, Wilson, Harlow-Rosentraub 2006).

Gesundheit und Pflege

1. Die Alterung der geburtenstärksten Jahrgänge öffnet die sog. **demografische Pflegeschere**, mit mehr alten, pflegebedürftigen Menschen und weniger informellen Pflegepersonal.
2. Verbesserung in der medizinischen Versorgung, bessere Bildung, ein höheres Einkommen sowie ein gesünderer Lebensstil werden dazu führen, dass die **geburtenstarken Jahrgänge gesünder alt werden** als die vor ihnen geborenen. (Wurm, Schöllgen, Tesch-Römer 2010).
3. Dies ist jedoch abhängig von verschiedenen personen- und umweltbezogenen Faktoren und damit **räumlich als auch sozial unterschiedlich**. Daher sollte in Zukunft die gesundheitliche Versorgung stärker individuell und auf die Erkrankung ausgerichtet werden. Dazu gehören auch präventive Maßnahmen wie körperliche Aktivitäten.
4. Besonderes Augenmerk sollte auf **Menschen mit einem niedrigen Bildungshintergrund** gerichtet werden.
5. Die höhere Lebenserwartung führt dazu, dass mehr Menschen **viele Jahre ihres Lebens mit chronischen Erkrankungen** leben werden. (Wurm, Schöllgen, Tesch-Römer 2010).

Arbeit und Wirtschaft

1. Mit dem Übergang der Babyboomer in die Nacherwerbsphase gehen eine **Verringerung der erwerbstätigen Bevölkerung und ein Fachkräftemangel** einher.
2. Ältere Menschen sollten mehr als **Ressource für Wirtschaft und Arbeit** betrachtet werden. Das kommt einem Paradigmawechsel gleich und fordert von den Arbeitnehmern, den Unternehmen, der Politik und der Gesellschaft Kreativität, Mut und das Springen über den eigenen Schatten. (Winkler 2005).
3. Die Unterschiede in Bezug auf die arbeitsrelevanten Eigenschaften sind innerhalb einer Altersgruppe größer als zwischen den verschiedenen Arbeitsgruppen. Das **Alter ist daher kein taugliches Kriterium** mehr, um zu beurteilen, ob jemand eine Stelle besetzen kann oder für die Weiterbildung geeignet ist. (Winkler 2005).
4. Gesellschaftliche Aktivitäten und Arbeiten in späteren Lebensphasen sind eine bedeutsame **Voraussetzung für ein erfülltes Leben**. **Lernen, Arbeit und Freizeit** bestimmen heute mal mehr, mal weniger die **gesamte Lebensspanne** (three boxes of life). Für die Babyboomer ist die Bedeutung von Arbeit (im Alter) abhängig von emotionalen, ökonomischen, sozialen und familiären Rahmenbedingungen. (Smyer, Besen, Pitt-Catsouphe 2009).
5. Arbeit kann für ältere Menschen **vier Bedeutungen** haben: Einkommen und persönliche Vorteile, Selbstachtung und Zufriedenheit, sozialen Status und Respekt sowie das Weitergeben von Wissen an die junge Generation. Einige Babyboomer müssen arbeiten. Einige Babyboomer wollen arbeiten. (Smyer, Besen, Pitt-Catsouphe 2009).

Medien- und Techniknutzung

1. Babyboomer sind an schnelle technische Veränderungen gewöhnt. Sie sind damit **offener für technischen Neuerungen und digitale Lösungen**, auch für die Unterstützung des Lebens im Alter (z.B. AAL) (Perrig- Chiello, Hoepfinger 2009).
2. Es gibt immer **mehr Menschen**, die **neue technische Möglichkeiten** zur Gestaltung ihrer Wohnumwelt, zur Erweiterung ihrer Möglichkeiten und für die soziale Kommunikation nutzen. Dem stehen aber Viele gegenüber, die daraus aus wirtschaftlichen Gründen oder Technikresistenz **verzichten** müssen. (Perring-Chiello, Hoepfinger 2009)
3. Die **"digitale Kluft"** verläuft damit immer weniger zwischen Jung und Alt sondern **innerhalb der Gruppe älterer Menschen**.

Engagement

1. Das **Leitbild des „aktiven Alterns“** impliziert gesellschaftliche Partizipation (ehrenamtliches Engagement und lebenslanges Lernen) als einen wichtigen Baustein der Lebensqualität im Alternsprozess. (Naumann, Romeu Gordo 2010)
2. Freiwillige und ehrenamtliche Arbeiten werden aktuell unter **zwei Perspektiven** diskutiert: (1) Gesunde ältere Pensionierte gelten als gesellschaftlich **zu nutzende soziale Ressource**. (2) Freiwillige Arbeit gilt als **sinnvolle Handlungsperspektive** jenseits der Erwerbs- und diesseits der Hausarbeit. (Perrig-Chiello, Hoepflinger 2009) Dabei sind jedoch positive Illusionen und sozialromantische Mythen, namentlich was die Chancen und Möglichkeiten freiwilliger Arbeit nach der Erwerbsarbeit betrifft, nicht selten. (Perrig-Chiello, Hoepflinger 2009)
3. Ehrenamtliches Engagement hängt stark von Bildung und Einkommen ab. Es wird davon ausgegangen, dass die besser gebildeten nachrückenden Kohorten der Älteren sich daher **stärker engagieren und beteiligen**. (Naumann, Romeu Gordo 2010).
4. Daten zur Häufigkeit der Freiwilligenarbeit aus der Schweiz zeigen (noch) keine Zunahme des freiwilligen Engagements insbesondere bei formeller bzw. organisierter Freiwilligenarbeit. Es **steigt jedoch das informelle Engagement** an, etwa im Rahmen spontaner Nachbarschaftshilfe. (Perrig-Chiello, Hoepflinger 2009) Es vollzieht sich ein **Strukturwandel des Ehrenamts**: von der **Fremd- zur Selbsthilfe**.
5. Es geht um **sinnvoll erlebte Möglichkeiten der Beschäftigung** im Alter, die (auch) der eigenen Entwicklung und Entfaltung förderlich sind. (Backes 2005)

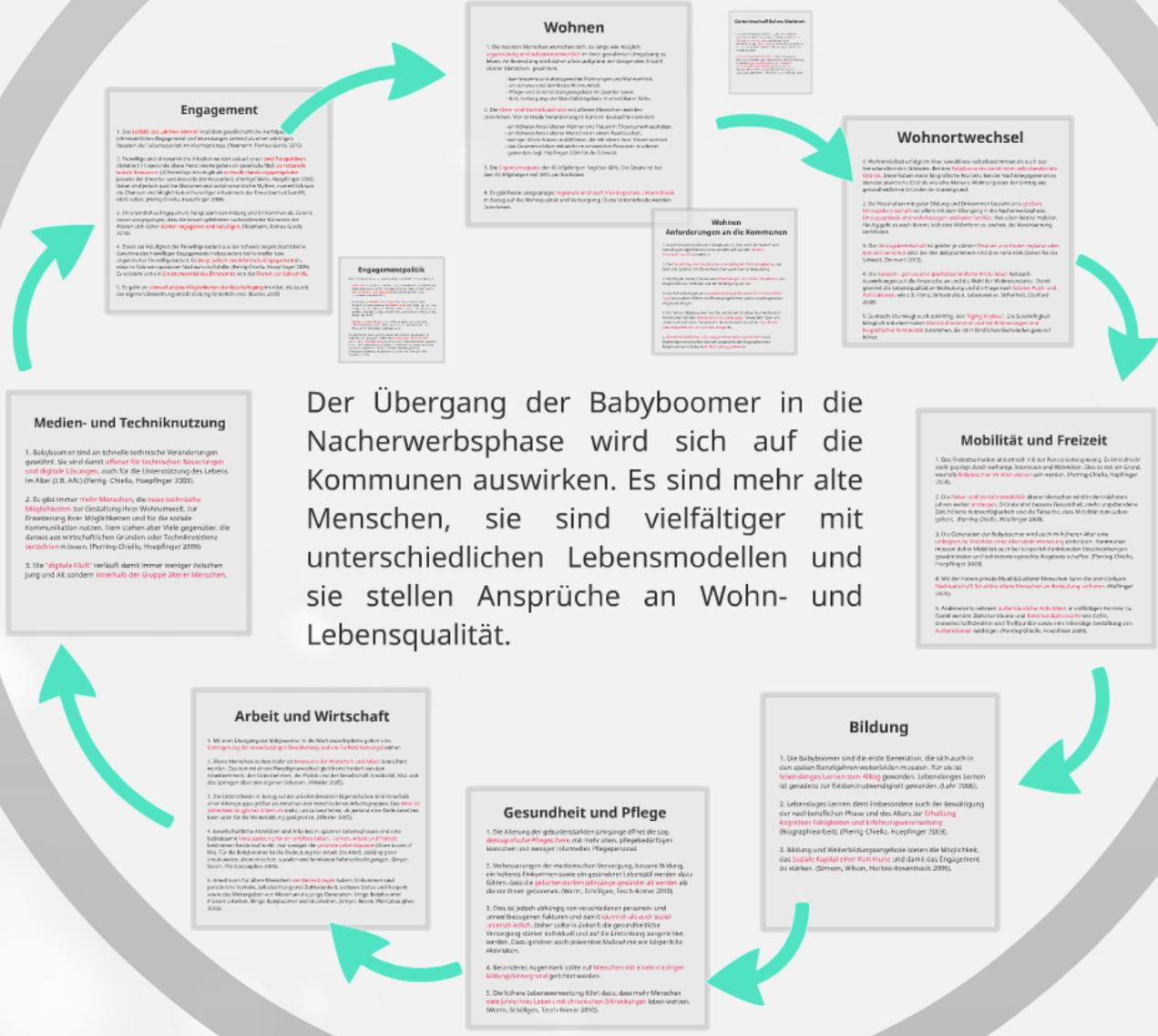
Enga

Was ist zu tun um freiwi

Ausrichtung der Aufg
Begleitung nicht nur
den Interessen und d
Interessierten; (Back

Förderung der **Gesta**
Unterstützung und S
Tätigkeiten – Dies gil
gewohnt sind, selbst
Hoepflinger 2009)

Kommunale Handlungsfelder



Der Übergang der Babyboomer in die Nacherwerbsphase wird sich auf die Kommunen auswirken. Es sind mehr alte Menschen, sie sind vielfältiger mit unterschiedlichen Lebensmodellen und sie stellen Ansprüche an Wohn- und Lebensqualität.

Engagementpolitik

Was ist zu tun um freiwillige Arbeit im Sinne von Selbsthilfe zu erschließen?

Ausrichtung der Aufgaben, Inhalte, Organisationsformen, Fortbildung und Begleitung nicht nur primär am Gegenstand der Arbeit, sondern auch **an den Interessen und der Lebenslage** der dort Tätigen bzw. daran Interessierten; (Backes 2005)

Förderung der **Gestaltungsspielräume** für Engagement und gute Unterstützung und Stärkung der **Mitbestimmung** der Freiwilligen bei ihren Tätigkeiten – Dies gilt speziell für Generationen – wie die Babyboomer -, die gewohnt sind, selbständig zu handeln und zu entscheiden. (Perrig-Chiello, Hoepflinger 2009)

Denken auf neuen Wegen über die Mission der Organisation, ihre Infrastruktur und das Verhältnis von bezahlten und ehrenamtlichen Personal (Perrig-Chiello, Hoepflinger 2009)

Die Babyboomer waren auch in späteren Berufsjahren gezwungen sich weiterzubilden. Und auch im Alter wird **lebenslanges Lernen zu einem bedeutenden Lebenselement**, gerade auch zur erfolgreichen Bewältigung des Alters, und zu einem Weg, das Leben sinnvoll zu erfüllen. Dabei steht neben dem Erhalt kognitiver Leistungen (Gedächtnistraining) auch die Erfahrungsverarbeitung (Biografiearbeit) im Zentrum. (Perrig-Chiello, Hoepflinger 2009)

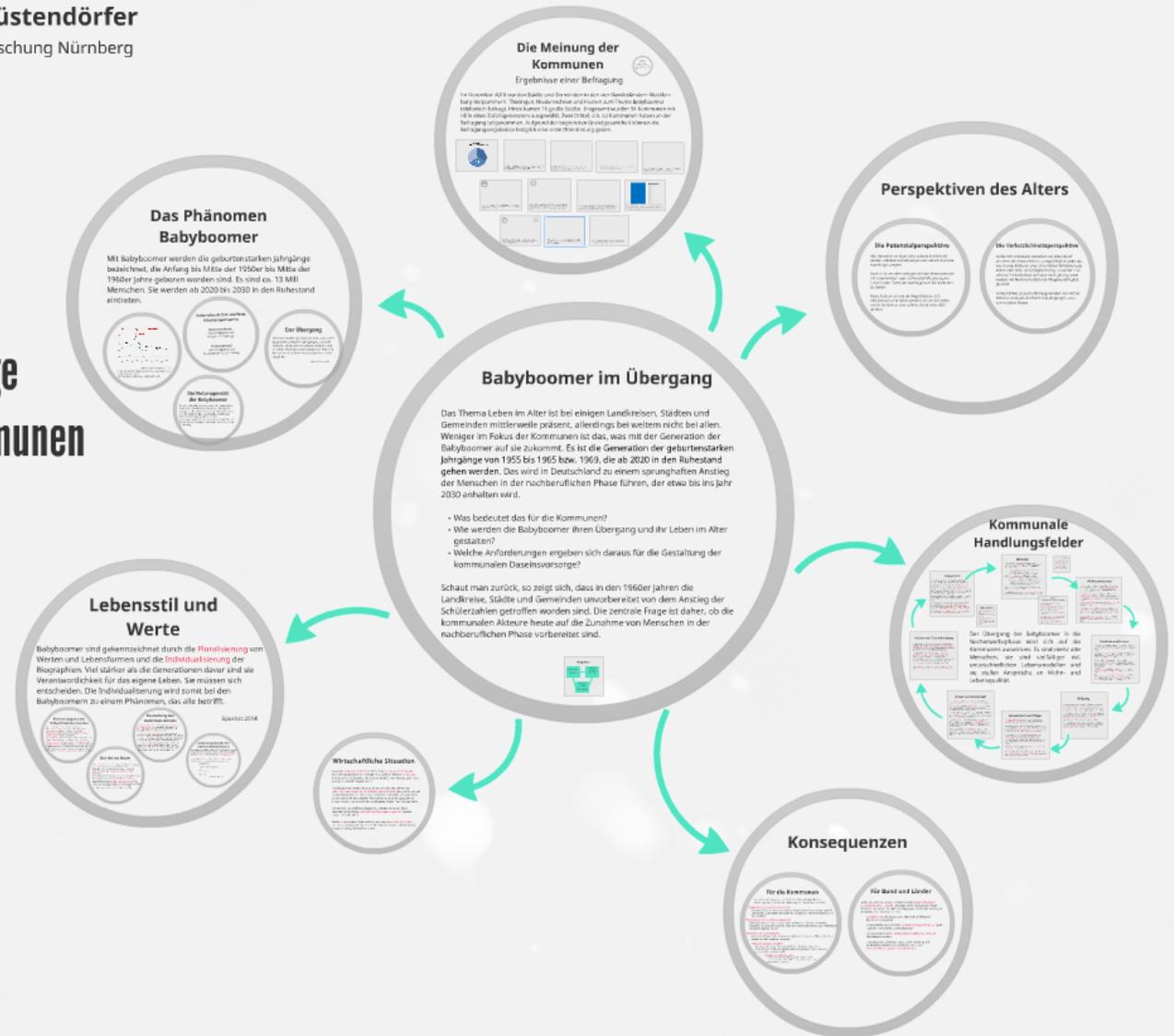
Peter Dehne, Jens Hoffmann
 Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V.
 an der HS Neubrandenburg

Werner Wüstendörfer
 Emwe-Sozialforschung Nürnberg

Die Generation Babyboomer - Übergänge gestalten, die Verantwortung der Kommunen

Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Vorstellung auf dem Kommunalworkshop
 am 10. Februar 2016 in Hannover



Die Meinung der Kommunen

Ergebnisse einer Befragung

Achtung
 Die Befragungsergebnisse sind
 ausschließlich für die kommunale
 Ebene und nicht für die
 Bundesländer, die Länder oder
 die Kommunen insgesamt
 gültig.

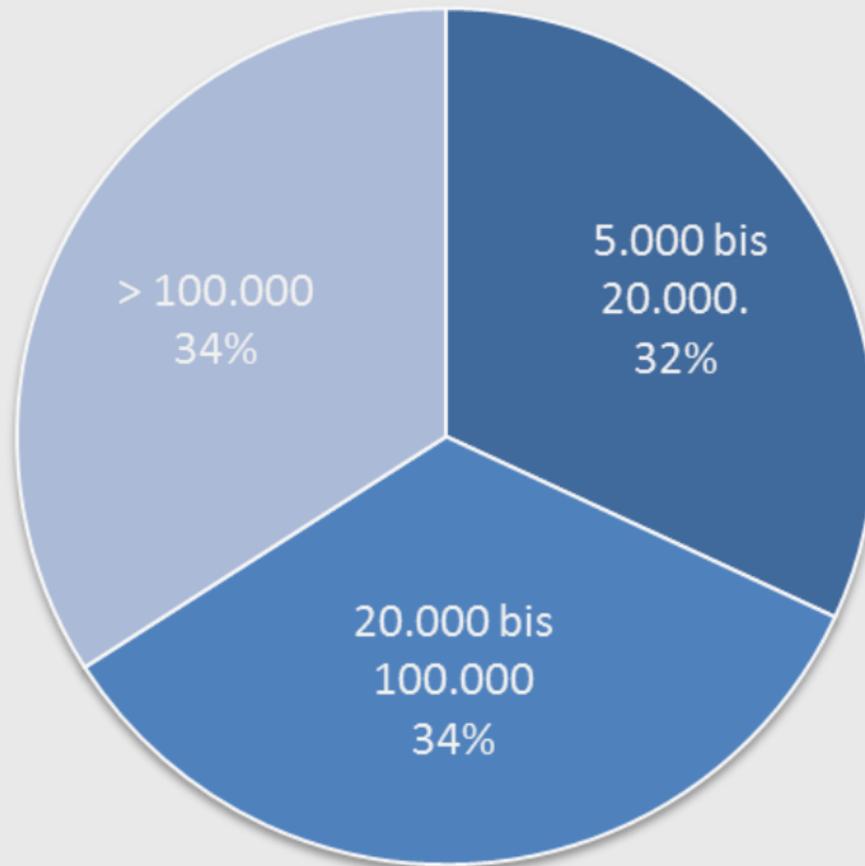
Im Dezember 2016 wurden Städte und Gemeinden in den vier Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Niedersachsen und Hessen zum Thema Babyboomer telefonisch befragt. Hinzu kamen 16 große Städte. Insgesamt wurden 94 Kommunen mit Hilfe eines Zufallsgenerators ausgewählt. Zwei Drittel, d.h. 62 Kommunen haben an der Befragung teilgenommen. Aufgrund der begrenzten Grundgesamtheit können die Befragungsergebnisse lediglich eine erste Orientierung geben.



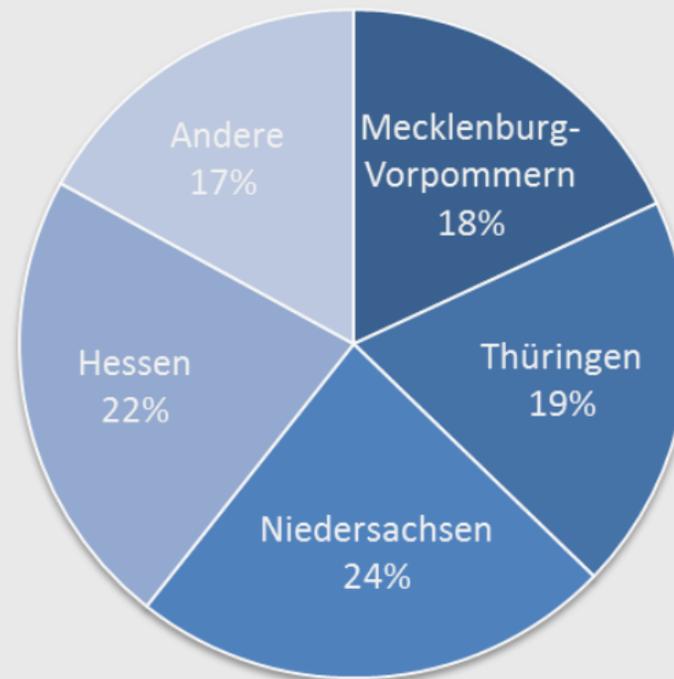
Achtung

Etliche Kommunen haben darauf hingewiesen, dass sie keinerlei Kapazitäten, Ressourcen und Zeit haben. Sie seien froh, wenn sie "die aktuellen Sachen auf die Reihe kriegen".

Grundgesamtheit
- Verteilung nach Gemeindegrößenklassen -

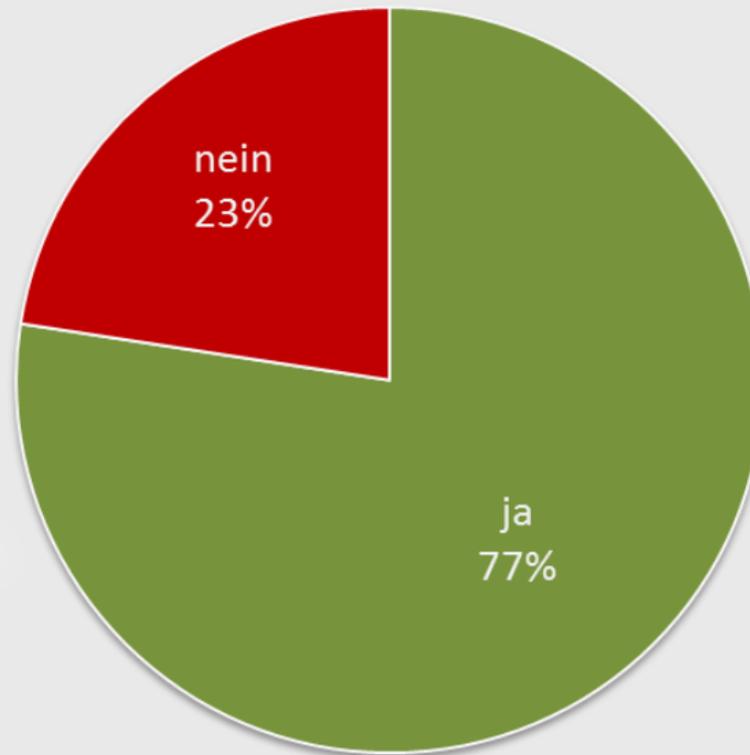


Grundgesamtheit - Verteilung nach Bundesländern -



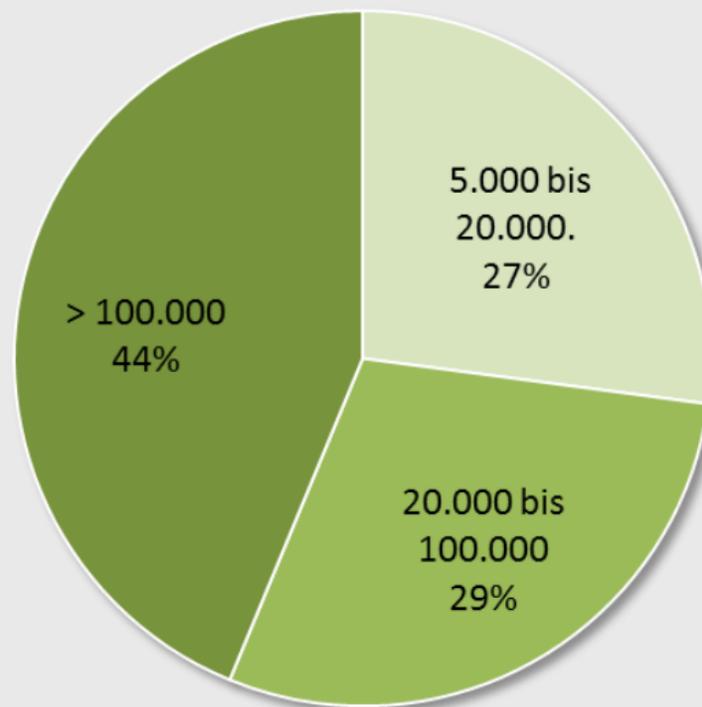
Die Gemeinden, die geantwortet haben verteilen sich relativ gleichmäßig auf Hessen, Niedersachsen, Thüringen und MV. 17% kommen aus anderen Ländern. Dann sind es größere Städte.

Kennen Sie den Begriff Babyboomer?



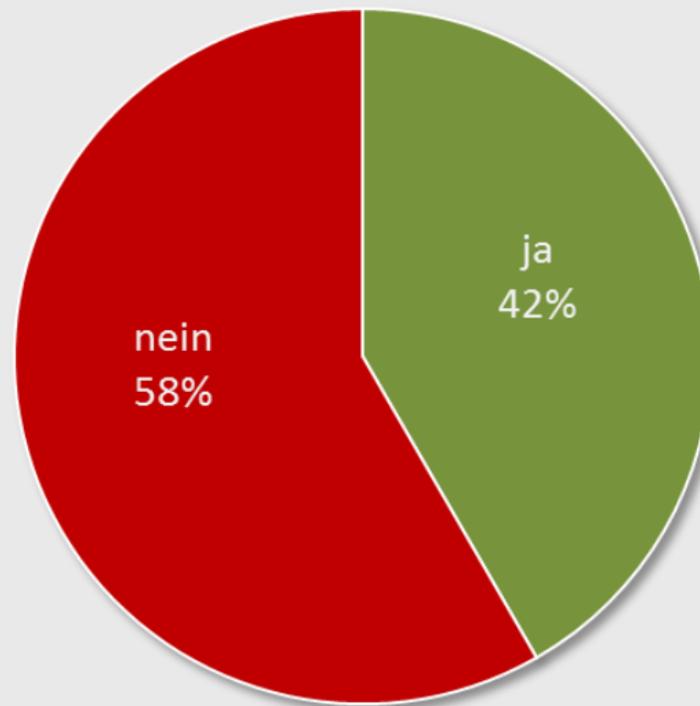
Der Begriff Babyboomer ist bei den meisten Befragten bekannt. Lediglich ein knappes Viertel gibt an, sie kennen diesen Begriff nicht. In den großen Städten ü. 100 TE ist der Begriff durchweg bei den Befragten bekannt. In den Mittelstädten und kleinen Gemeinden sind schon weniger als die Hälfte.

**Kennen Sie den Begriff Babyboomer?
Verteilung der positiven Antworten nach Gemeindegröße**



Dies bedeutet, dass fast die Hälfte derjenigen, die den Begriff kennen in den großen Städten tätig sind. Je kleiner die befragte Gemeinde, desto geringer ist der Anteil an der Gesamtheit der positiven Antworten. ,

Haben Sie sich im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit bereits mit dem Thema Babybommer befasst?

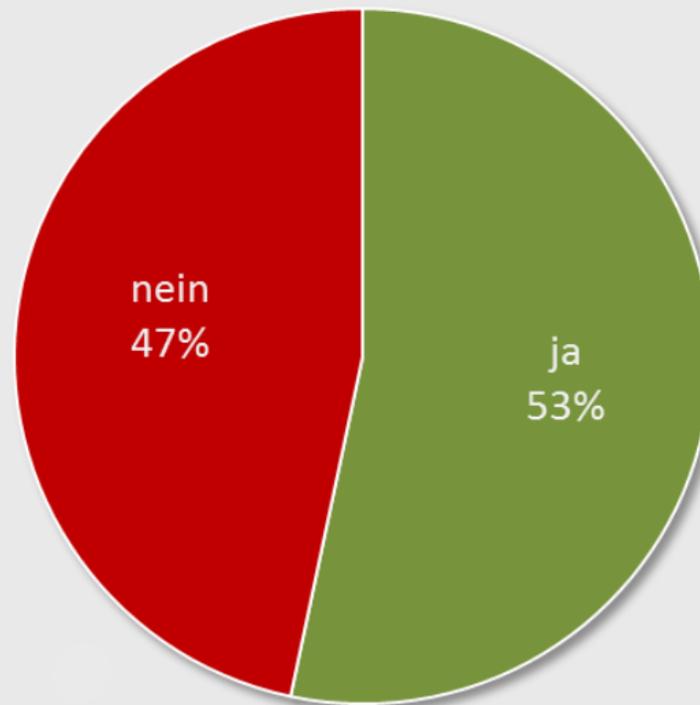


Über die Hälfte der Befragten haben sich im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit noch nicht mit dem Thema Babyboomer befasst.

Achtung

Einige Gemeinden nennen vor allem den Fachkräftemangel und die Personalentwicklung in ihrer Kommunalverwaltung als eine große Herausforderung im Zusammenhang mit dem Übergang der geburtenstarken Jahrgänge in die Nacherwerbsphase.

Werden die Babyboomer in Ihrer Kommune in den nächsten fünf Jahren ein aktuelles Thema werden?



Aber auch über die Hälfte sagt, dass die Babyboomer in ihrer Kommune ein Thema werden; allerdings auch knapp die Hälfte sagt das Gegenteil: nein, sie werden kein Thema.

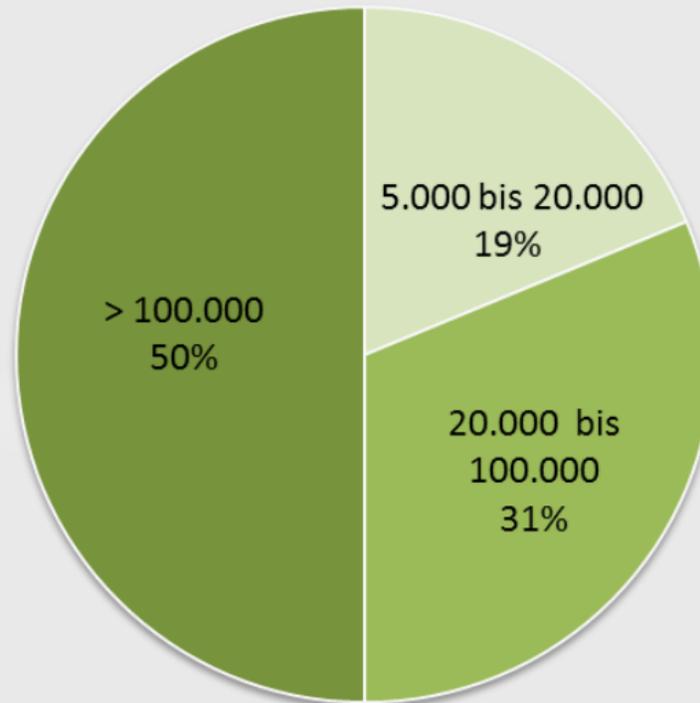
Achtung

Einige Gemeinden nennen vor allem den Fachkräftemangel und die Personalentwicklung in ihrer Kommunalverwaltung als eine große Herausforderung im Zusammenhang mit dem Übergang der geburtenstarken Jahrgänge in die Nacherwerbsphase.

Achtung

Viele kleine Gemeinden und mittlere Städte weisen darauf hin, dass für die Seniorenpolitik die Landkreise zuständig sind und nicht die kreisangehörigen Gemeinden. In MV ist dies mit der Kreisgebietsreform 2011 auf die Kreise verlagert worden. Dies gilt aber auch für Hessen und Thüringen.

Babyboomer als Thema der nächsten 5 Jahre Verteilung der positiven Antworten nach Gemeindegröße

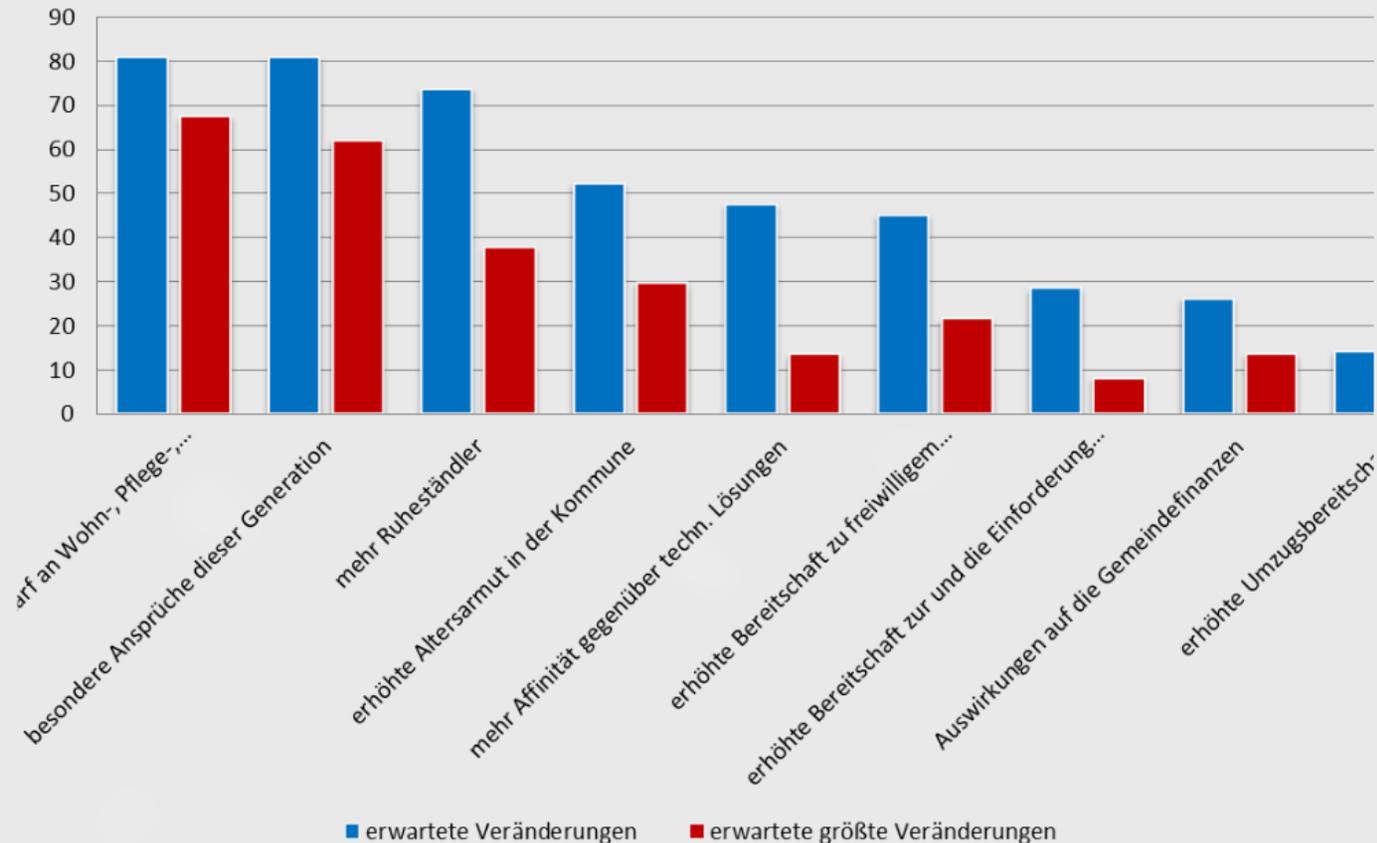


Auch bei der Antwort, ob die Babyboomer in den nächsten 5 Jahren ein Thema für die Befragten werden, zeigt sich ein Gefälle von den großen Städten zu den kleinen Gemeinden. Von allen, die das meinen, arbeiten die Hälfte in großen Städten und nur 19% in kleinen Gemeinden. In den großen Städten erwarten 80% der Befragten, die Babyboomer werden ein Thema. In den Mittelstädten sind es nur noch die Hälfte und in den kleinen Gemeinden nur noch knapp 30%.

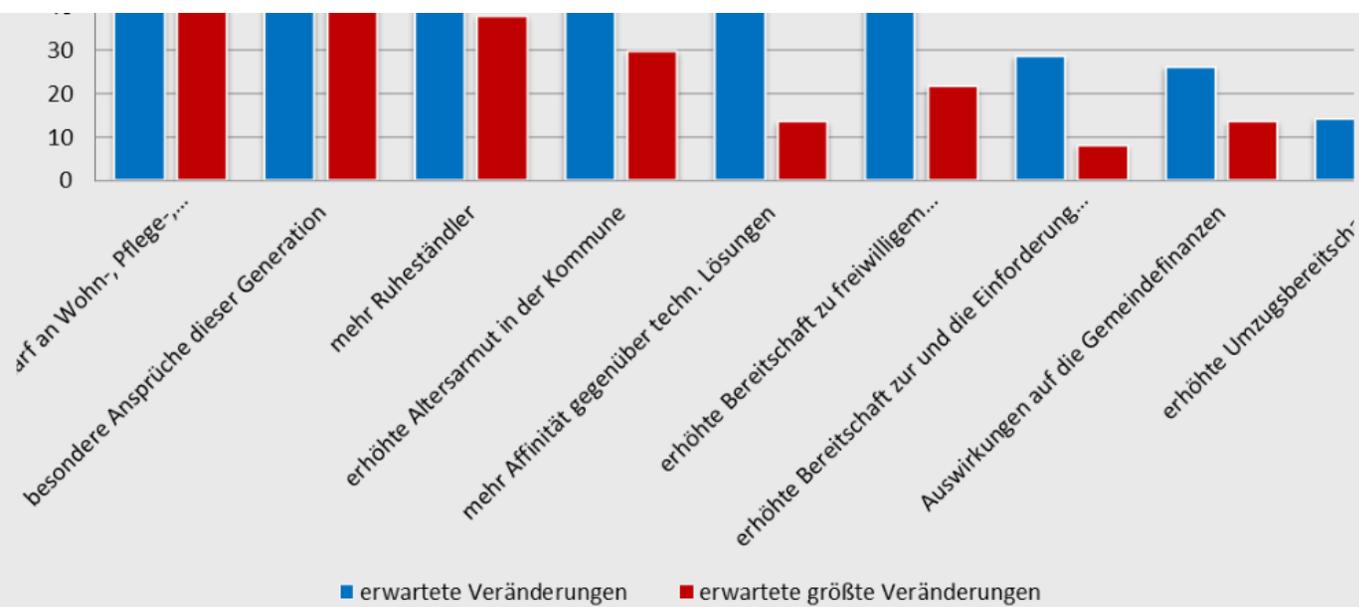
Achtung

Viele kleine Gemeinden und mittlere Städte weisen darauf hin, dass für die Seniorenpolitik die Landkreise zuständig sind und nicht die kreisangehörigen Gemeinden. In MV ist dies mit der Kreisgebietsreform 2011 auf die Kreise verlagert worden. Dies gilt aber auch für Hessen und Thüringen.

Erwartete Veränderungen in den Kommunen, wenn die Babyboomer in den Ruhestand gehen



Die meisten Befragten erwarten Veränderungen mit den Babyboomer. Lediglich einer erwartet keine Veränderungen, ein Drittel hat sich noch keine Gedanken gemacht. Erwartet werden quantitative und qualitative Veränderungen. 80% erwarten einen erhöhten Bedarf an Wohn-, Pflege und Versorgungsleistungen, 70% mehr Ruheständler; ebenfalls 80% besondere Ansprüche dieser Generation. Dies gehört auch zu den drei größten Veränderungen. Immerhin knapp 30% zählen die Altersarmut zu den größten Veränderungen, gefolgt von der erhöhten Bereitschaft zu freiwilligen Engagement und aktiver Mitgestaltung. Nur 15% erwarten eine erhöht Umzugsbereitschaft, und nur 6% zählen das zu den drei größten Veränderungen.

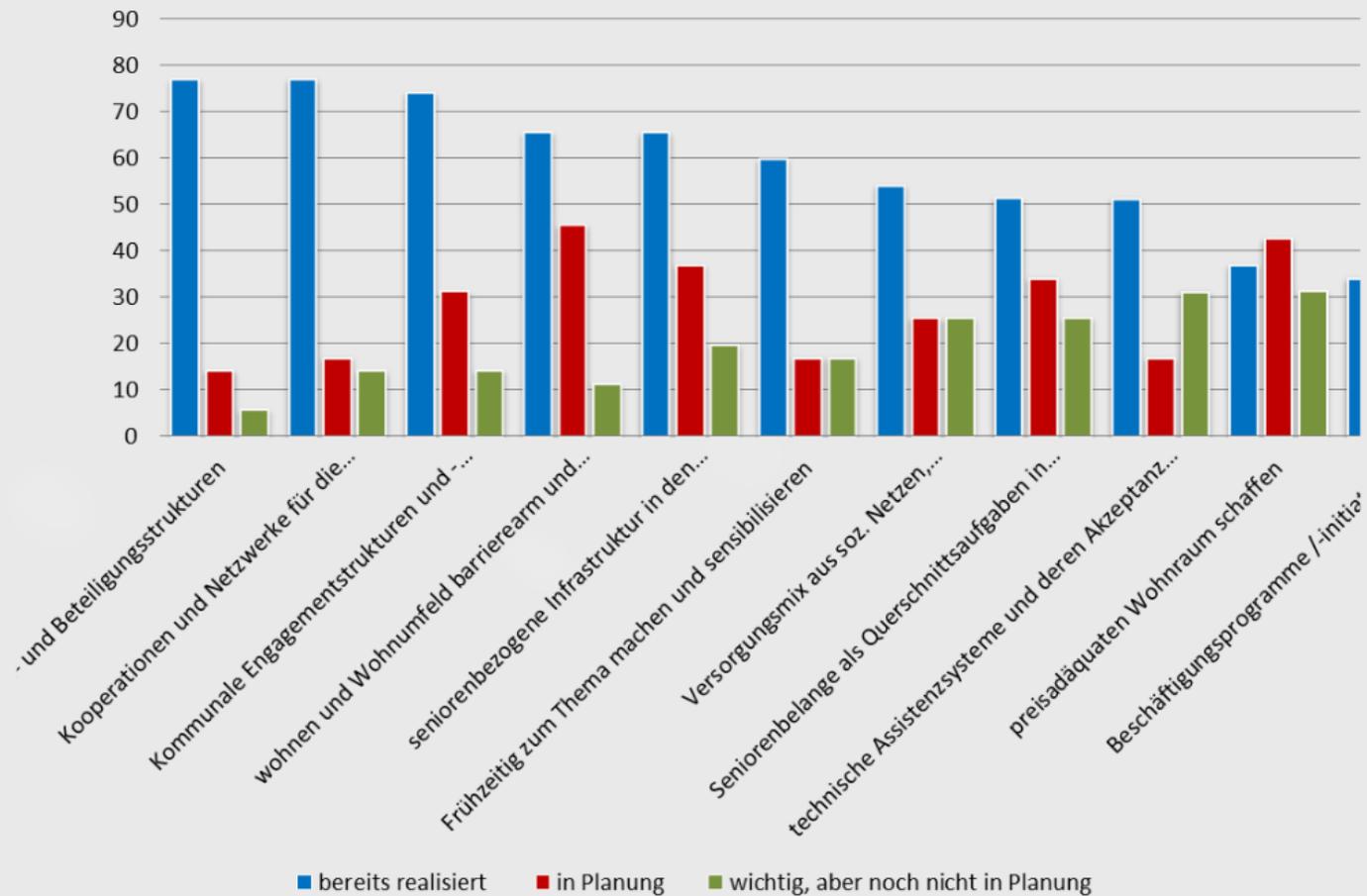


Die meisten Befragten erwarten Veränderungen mit den Babyboomer. Lediglich einer erwartet keine Veränderungen, ein Drittel hat sich noch keine Gedanken gemacht. Erwartet werden quantitative und qualitative Veränderungen. 80% erwarten einen erhöhten Bedarf an Wohn-, Pflege und Versorgungsleistungen, 70% mehr Ruheständler; ebenfalls 80% besondere Ansprüche dieser Generation. Dies gehört auch zu den drei größten Veränderungen. Immerhin knapp 30% zählen die Altersarmut zu den größten Veränderungen, gefolgt von der erhöhten Bereitschaft zu freiwilligen Engagement und aktiver Mitgestaltung. Nur 15% erwarten eine erhöht Umzugsbereitschaft, und nur 6% zählen das zu den drei größten Veränderungen.

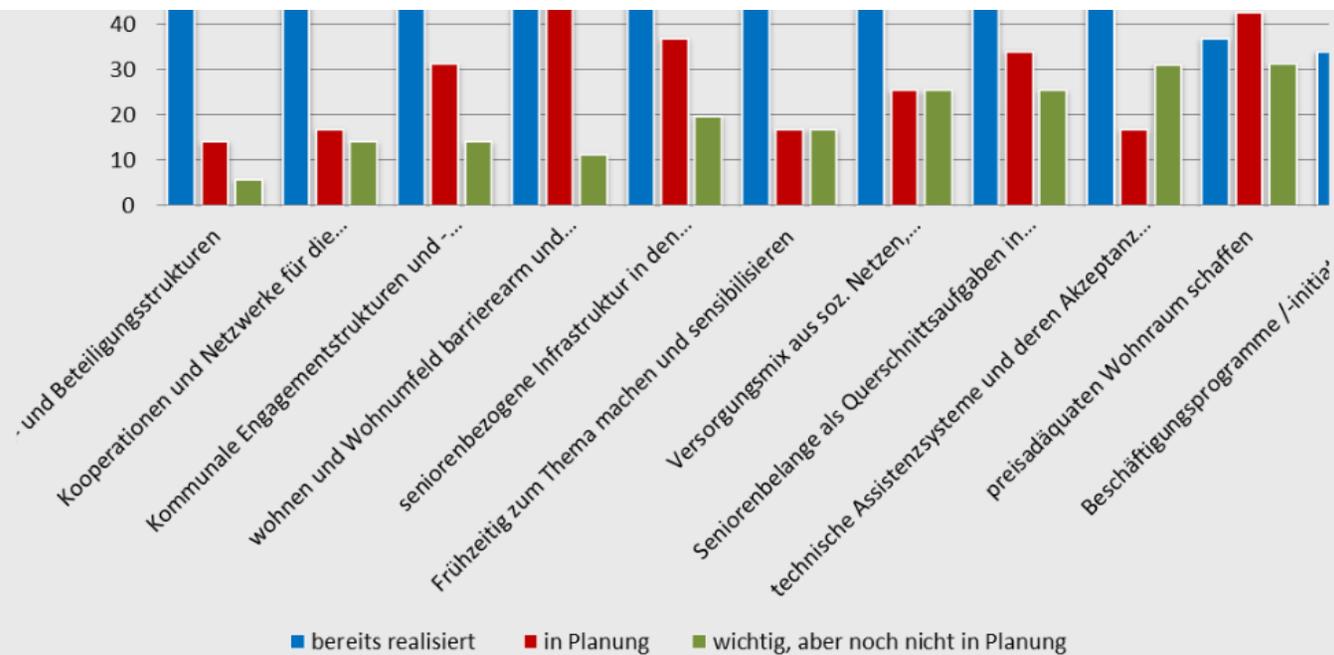
Innovative und für das Thema Babyboomer relevante Projekte und Netzwerke



Die dringendsten Handlungsbedarfe in den Kommunen



Alle hier genannten kommunalen Handlungsfelder werden von einem großen Anteil der Befragten als dringend bzw. wichtig angesehen. 75% geben an bereits Partizipations- und Beteiligungsstrukturen, Kooperationen und kommunale Engagementstrukturen realisiert zu haben. Je geringer die Anteile der bereits realisierten Maßnahmen sind, desto größer sind die Anteile der Maßnahmen, die in Planung sind oder als wichtig angesehen werden aber noch nicht in Planung sind. In Planung sind vor allem die baulich-technischen Maßnahmen, Barrierefreiheit und altersgerechtes Wohnen und Wohnumfeld (47%), die Neuausrichtung der seniorenbezogenen Infrastruktur in den Quartieren (40%) sowie preisadäquaten Wohnraum schaffen (37%). Die letzte Aufgabe halten immerhin 30% der Befragten für wichtig, obwohl es hierfür keine Planung gibt. Ähnlich häufig werden technische Assistenzsysteme genannt, überraschend häufig Beschäftigungsprogramme und -initiativen (46%). Die Verankerung der Seniorenbelange in der Kommunalverwaltung als Querschnittsaufgabe beabsichtigen ebenfalls 37% der Befragten. Ein Versorgungsmix aus sozialen Netzen, Nachbarschaftshilfen und sozialen Dienstleistungen ist laut Befragung bei über der Hälfte bereits realisiert und bei jeweils knapp über 20% in Planung bzw. wichtig.



■ bereits realisiert ■ in Planung ■ wichtig, aber noch nicht in Planung

Alle hier genannten kommunalen Handlungsfelder werden von einem großen Anteil der Befragten als dringend bzw. wichtig angesehen. 75% geben an bereits Partizipations- und Beteiligungsstrukturen, Kooperationen und kommunale Engagementsstrukturen realisiert zu haben. Je geringer die Anteile der bereits realisierten Maßnahmen sind, desto größer sind die Anteile der Maßnahmen, die in Planung sind oder als wichtig angesehen werden aber noch nicht in Planung sind. In Planung sind vor allem die baulich-technischen Maßnahmen, Barrierefreiheit und altersgerechtes Wohnen und Wohnumfeld (47%), die Neuausrichtung der seniorenbezogenen Infrastruktur in den Quartieren (40%) sowie preisadäquaten Wohnraum schaffen (37%). Die letzte Aufgabe halten immerhin 30% der Befragten für wichtig, obwohl es hierfür keine Planung gibt. Ähnlich häufig werden technische Assistenzsysteme genannt, überraschend häufig Beschäftigungsprogramme und -initiativen (46%). Die Verankerung der Seniorenbelange in der Kommunalverwaltung als Querschnittsaufgabe beabsichtigen ebenfalls 37% der Befragten. Ein Versorgungsmix aus sozialen Netzen, Nachbarschaftshilfen und sozialen Dienstleistungen ist laut Befragung bei über der Hälfte bereits realisiert und bei jeweils knapp über 20% in Planung bzw. wichtig.

Daten, Konzepte und Strategien

In 27% der befragten Kommunen gibt es keine **regelmäßige** Datenmeldung, **Serviceberatung** und **Programme**, allerdings nur in 10% der großen Städte.

In 44% der befragten Kommunen gibt es **Demografieberichte**, hier sind es 80% in den großen Städten.

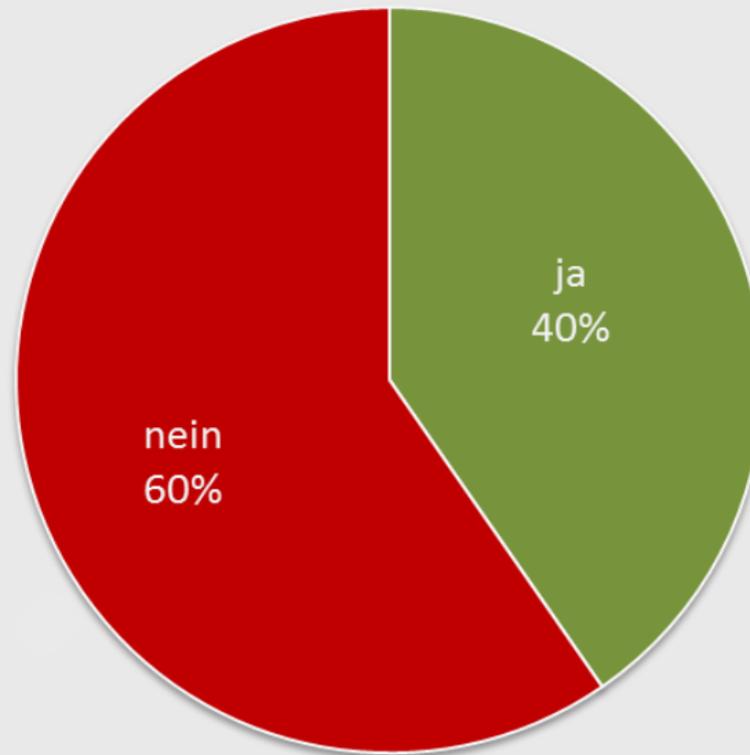
In 78% der befragten Kommunen gibt es **Seniorenrathe**. Lediglich **Konzepte, Strategien** und **Dienstreueleistungen** gibt es in den großen Städten (90%), aber nur in 10% der kleinen Gemeinden.

Prozentverteilung der Konzepte und Strategien im Alter



60% der befragten Kommunen kennen das Mindestalter für die Alters- und Altersberatung. In den großen Städten kennen es 90%, in den kleinen Kommunen lediglich 10%.

Konzepte und Planungen zum Thema "Leben im Alter"



Konzepte und Planungen zum Thema "Leben im Alter" haben 40% der befragten Kommunen. Das sind in erster Linie die großen Städte. 90% der großen Städte haben entsprechende Konzepte aber nur eine kleine Gemeinde und ein Viertel der Mittelstädte bzw. vier Nennungen.

Daten, Konzepte und Strategien

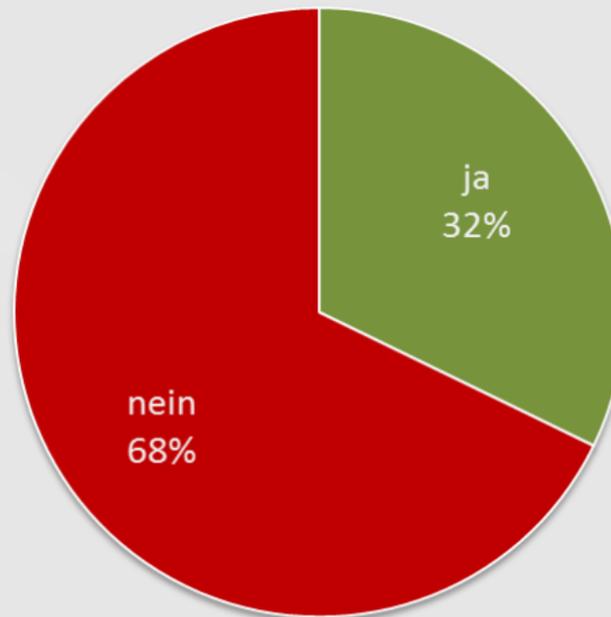
In 23% der befragten Kommunen gibt es eine **regelmäßige Datenerhebung, Berichterstattung und Prognosen**, übrigens nur in 20% der großen Städte.

In 44% der befragten Kommunen gibt es **Demografieberichte**, hier sind es 88% in den großen Städten

In 18% der befragten Kommunen gibt es **Seniorenberichte** .

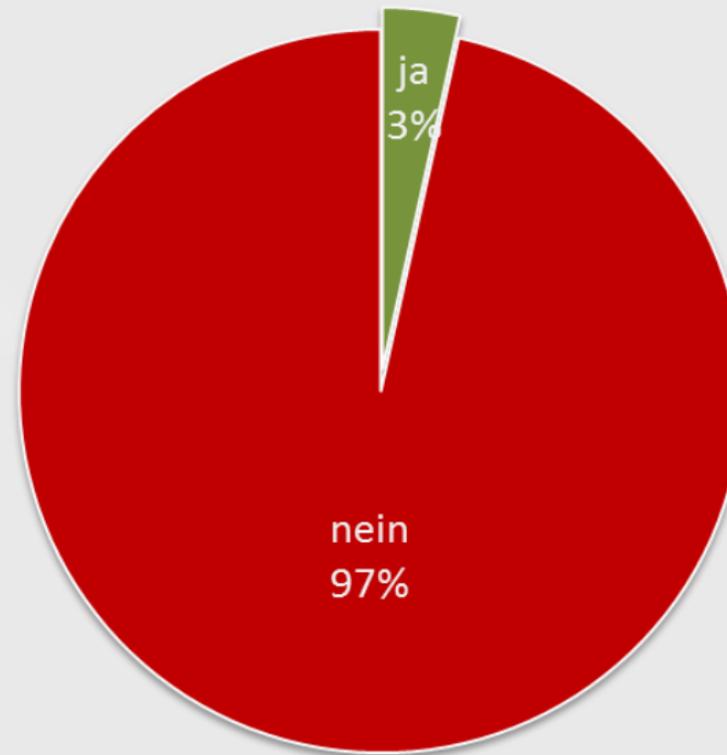
Leitbilder, Konzepte, Strategien und Grundlagenplanungen gibt es in fast allen großen Städten (94%), aber nur in 5% der kleinen Gemeinden.

Kennen Sie das Memorandum "Mitgestalten und Mitentscheiden - Ältere Menschen in Kommunen"?



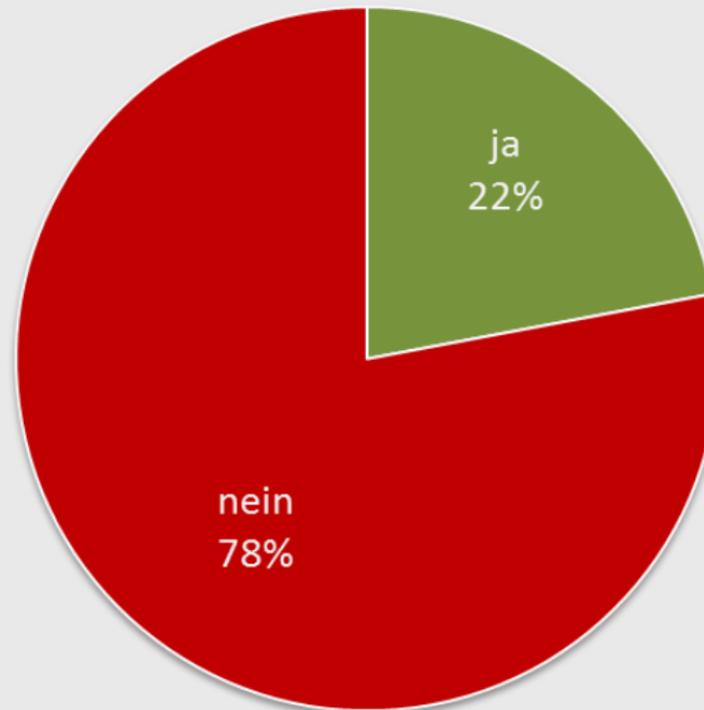
32% der befragten Kommunen kennen das Memorandum "Mitgestalten und Mitentscheiden". In den großen Städten kennen es 65%, in den kleinen Kommunen lediglich 5%

Konzepte und Planungen zum Thema "Babyboomer"



Konzepte und Planungen konkret zum Thema Babyboomer gibt es allerdings nur in zwei großen Städten. Das sind 3% aller Kommunen, die geantwortet haben.

Innovative und für das Thema Babyboomer relevante Projekte und Netzwerke



Immerhin 20% der Befragten nennen innovative und für das Thema Babyboomer relevante Projekte und Netzwerke. Auch diesmal sind es zu 80% die großen Städte und nur 2 mittlere Städte, die entsprechende Projekte und Netzwerke haben.



Konsequenzen

Für die Kommunen

Die Kommunen müssen sich auf die kurz- und langfristigen Herausforderungen einstellen, die die Babyboomer mit sich bringen. Sie sollten:

Analysieren, um zu wissen was passiert

demografischen und sozioökonomischen Raumanalysen; kleinräumige regionale und örtliche Unterschiede und soziale Vielfalt sowie das Wanderungsverhalten im Blick behalten.

Thematisieren, um zu andere zu gewinnen

Altersbilder erweitern bzw. Alter neu, potenzialorientiert denken; aktivierende Alterspolitik, als Querschnittsthema integrieren, ressortübergreifend zusammenarbeiten, Alterspolitik sichtbar machen

Beteiligen, um zu ermöglichen

Beteiligung und Mitsprache organisieren, Allianzen für das Alter bilden und sich als Koordinator und Ermöglicher verstehen

Planen, um Quartiere zu stärken

den Sozialraum stärken, Quartiere und Dörfer altersgerecht gestalten, , barrierefreie Wohnumfelder, altengerechtes Wohnangebote, Erprobung neuer Lebens- und Versorgungsmodelle

Vorsorgen, um vorbereitet zu sein

Prävention bei Gesundheitsvorsorge und Pflege, Vielfalt bedarfsgerechter Wohn- und Betreuungsformen, solidarische Gemeinschaften aufbauen

Für Bund und Länder

Bund und Länder sollten die Kommunen für eine **quartiersbezogene, zukunftsorientierte Altenpolitik** befähigen und diese begleiten. Neben finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen könnten das in Bezug auf die Babyboomer insbesondere sein:

- **Sensibilisierung** der Städte, Gemeinden und Landkreise für das Thema Babyboomer
- Kontinuierliche vergleichende **Raumbeobachtung und Monitoring** der regionalen und sozialen Lebenssituationen,
- Untersuchungen zur **Vielfalt der Lebensmodelle und Lebensstile** der Babyboomer sowie
- Erprobung und Stärkung der Sozialraumorientierung und solidarischer örtlicher Gemeinschaften in Form von **wissenschaftlich begleiteten Modellvorhaben**.

Für die Kommunen

Die Kommunen müssen sich auf die kurz- und langfristigen Herausforderungen einstellen, die die Babyboomer mit sich bringen. Sie sollten:

Analysieren, um zu wissen was passiert

demografischen und sozioökonomischen Raumanalysen; kleinräumige regionale und örtliche Unterschiede und soziale Vielfalt sowie das Wanderungsverhalten im Blick behalten.

Thematisieren, um zu andere zu gewinnen

Altersbilder erweitern bzw. Alter neu, potenzialorientiert denken; aktivierende Alterspolitik, als Querschnittsthema integrieren, ressortübergreifend zusammenarbeiten, Alterspolitik sichtbar machen

Beteiligen, um zu ermöglichen

Beteiligung und Mitsprache organisieren, Allianzen für das Alter bilden und sich als Koordinator und Ermöglicher verstehen

Planen, um Quartiere zu stärken

den Sozialraum stärken, Quartiere und Dörfer altersgerecht gestalten, , barrierefreie Wohnumfelder, altengerechtes Wohnangebote, Erprobung neuer Lebens- und Versorgungsmodelle

Vorsorgen, um vorbereitet zu sein

Prävention bei Gesundheitsvorsorge und Pflege, Vielfalt bedarfsgerechter Wohn- und Betreuungsformen, solidarische Gemeinschaften aufbauen

Für Bund und Länder

Bund und Länder sollten die Kommunen für eine **quartiersbezogene, zukunftsorientierte Altenpolitik** befähigen und diese begleiten. Neben finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen könnten das in Bezug auf die Babyboomer insbesondere sein:

- **Sensibilisierung** der Städte, Gemeinden und Landkreise für das Thema Babyboomer
- Kontinuierliche vergleichende **Raumbeobachtung und Monitoring** der regionalen und sozialen Lebenssituationen,
- Untersuchungen zur **Vielfalt der Lebensmodelle und Lebensstile** der Babyboomer sowie
- Erprobung und Stärkung der Sozialraumorientierung und solidarischer örtlicher Gemeinschaften in Form von **wissenschaftlich begleiteten Modellvorhaben**.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

Peter Dehne,
dehne@hs-nb.de

Jens Hoffmann,
jenshoffmann@hs-nb.de

Anhang 3: Zeitgemäßes Steuerungsverständnis der Kommune am Beispiel von Seniorenarbeit und Versorgungssystem der Stadt Ahlen

Ursula Woltering; Fachbereichsleiterin Jugend und Soziales der Stadt Ahlen

Die westfälische Stadt Ahlen ist mit 53.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die größte Stadt im Kreis Warendorf. Bis zum Jahr 2000 war der Bergbau der wichtigste Arbeitgeber in Ahlen. Dies hat die Stadt sowohl städtebaulich als auch sozial stark geprägt und bis heute deutliche Spuren hinterlassen. Die demografische Situation entspricht dem Landesdurchschnitt: Mit 30 % gehört Ahlen zu den 15 Städten in Nordrhein-Westfalen mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Grundsätzliches zum Steuerungsverständnis

Der Kommune kommt bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen des Lebens und Alterns der Menschen eine zentrale Rolle zu. Der Gesetzgeber hat sie mit der Daseinsvorsorge für die BürgerInnen betraut, d. h. sie hat für Versorgungsleistungen und Möglichkeiten der Teilhabe am sozialen Leben – und damit auch für die Engagementförderung – zu sorgen.

Als Grundlage der Steuerung der Seniorenarbeit und des Versorgungssystems für ältere Menschen werden in Ahlen betrachtet:

1. Transparenz: Transparenz dient als Grundlage für die Entwicklung von Konzepten. Sie schafft Übersicht über die verschiedenen Dienste und Angebote im System. Dazu gehört auch die Erstellung einer soliden Datenbasis für künftige Planungen.
2. Vernetzung: Mit der Vernetzung der Dienste und Angebote wird eine Verantwortungsgemeinschaft für die Weiterentwicklung des Gesamtsystems geschaffen. Innerhalb der Vernetzung wird für klare Strukturen und eindeutige Zuständigkeiten gesorgt. Die PartnerInnen kommunizieren regelhaft auf Augenhöhe.
3. Strategische Steuerung: Ein abgestimmtes Handlungskonzept beschreibt die zentralen Ziele und bedarfsgerechte Maßnahmen mit Priorisierung und Zeitplan. Es ist partizipativ erstellt und wird von den AkteurInnen in den verschiedenen Handlungsfeldern gemeinsam umgesetzt. Zentral ist dabei, dass die Kommune in ihrer trägerneutralen Rolle die Moderation übernimmt. Dokumentation und Evaluation erfolgen regelmäßig.

Der Kommune kommt in diesem Sozialplanungsprozess eine zentrale Rolle zu, da sie

- für die Daseinsvorsorge zuständig ist,
- trägerneutral und unparteiisch agiert,
- der öffentlichen Kontrolle unterworfen ist,
- über Ressourcen (finanzielle, personelle) verfügt und
- ein politisches Mandat für die Steuerung hat oder vom Rat der Stadt erhalten kann.

Bürgerinnen im Fokus des kommunalen Managements

Bei der Steuerung der Seniorenarbeit und des Versorgungssystems geht die Kommune von den Wünschen der Menschen aus. Wenn auch teils mit unterschiedlicher Motivation begründet, so decken sich doch die Wünsche der älteren Menschen und die der Kommune in vielfältiger Weise:

Ältere Menschen	Kommune
Selbstständigkeit und Selbstversorgung	Versorgungssicherheit und – gerechtigkeit, Seniorenwirtschaft, möglichst wenig Transferleistungen,
Teilhabe und Mitwirkung	soziales, kulturelles und wirtschaftliches Leben schafft Lebensqualität in der Stadt
Sinn-Stiftung und Gebraucht werden	Interaktion, Engagement, Zusammenhalt, intergenerationelle und soziale Aktionen

Die Kommune profitiert, wenn die Menschen selbstständig leben und sich selbst versorgen können, wenn sie Teilhabe und Mitwirkung haben und sich gebraucht fühlen können. Zudem spielt die Wohnung im Alter eine immer größere Rolle. Dienste und Einrichtungen sind erforderlich, um ein selbstständiges Leben im Alter zu erhalten.

Die Stadt verfolgt daher folgende Ziele:

- mündige, teilhabende, informierte, aktive BürgerInnen (Bildung),
- bedarfsgerechte (Pflege-)Angebote, keine Über- und Unterversorgung, gedeihlicher Wettbewerb der Dienste,
- bedarfsgerechtes barrierefreies Wohnangebot,
- vielfältige Trägerlandschaft für Wahlmöglichkeiten für die NutzerInnen,
- aktive Zivilgesellschaft – zufriedene WählerInnen,
- Vereinbarkeit von Pflege, Familie, Beruf,
- weicher Standortfaktor „Alter“ für die Attraktivität der Stadt im Wettbewerb,
- Seniorenwirtschaft – Wachstumsmarkt für die heimische Wirtschaft sowie
- auf dem Arbeitsmarkt dem Fachkräftemangel in der Pflege vorbeugen und entgegenwirken.

Um diese Ziele erreichen zu können, ist es notwendig, dass die vielen beteiligten Dienste, Einrichtungen und letztlich die Kommune sowie die Bürgerinnen selbst „an einem Strick ziehen“.

Verantwortungsgemeinschaft und Kooperationsstrukturen

Für die Realisierung dieser Wünsche und Zielvorstellungen bedarf es besonderer Rahmenbedingungen, die nur gemeinschaftlich geschaffen werden können. So hat man in Ahlen auf intensive Vernetzungsarbeit gesetzt – und dies gleich auf zwei Ebenen:

1. Mit dem Verein „Alter und Soziales e. V.“, dem alle Wohlfahrtsverbände und Träger der Bildungs-, Pflege- und Gesundheitsarbeit angehören, wurde 1993 ein Trägerverein für soziale Projekte und anbieterübergreifende, kommunale Sozialplanung ge-

gründet. Der Verein erarbeitet u. a. Unterstützungsangebote, die für die Menschen 50+ Versorgungssicherheit und -gerechtigkeit bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit herstellen, d. h. dass unabhängig vom Einkommen, der Wohnlage und anderen Lebensumständen für alle ein hochwertiges Versorgungsangebot zur Verfügung steht. Dazu gehört an erster Stelle die trägerübergreifende Pflege- und Wohnberatung. Diese Art der organisierten Zusammenarbeit nennt man in Ahlen das „Ahlener System“.

2. Der Zusammenhalt der BürgerInnen gehört zum Fundament der Zukunftsfähigkeit und des sozialen Friedens in einer Stadt. In Ahlen gibt es eine Fülle von Beispielen, wie sich BürgerInnen für andere engagieren und so zugleich zur Steigerung der Lebensqualität in der Kommune beitragen. Unter dem Motto „Senioren In Neuen Netzwerken“ finden sich Engagierte im Alter 50+ im SINN-Netzwerk zusammen und starten immer wieder innovative Projekte und Initiativen. Die Ehren- und Hauptamtlichen arbeiten hier auf sehr kreative Weise zusammen. Das SINN-Netzwerk bietet älteren Menschen vielfältige Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und die dafür notwendige Unterstützung und Struktur, um „das Gute zu bewahren und das Neue zu wagen“. Dabei werden diejenigen, die Hilfe oder Pflege benötigen, einbezogen und mit Achtung vor ihren Wünschen und ihrer Würde nach ihrem Bedarf unterstützt.

Das Ahlener System

Das Ahlener System beschreibt die Organisation der Zusammenarbeit der Kommune mit den Einrichtungen und Verbänden vor Ort.

Die kommunale Sozialplanerin der Leitstelle Älter werden in Ahlen, die u. a. für Projektentwicklung und Mittelakquise sorgt, ist Geschäftsführerin des Vereins Alter und Soziales e. V., der Bürgermeister geborenes Mitglied des Vorstands. Damit sind Verein und Stadt eng miteinander verzahnt und die Arbeitsergebnisse der Projekte des Vereins werden bei der Fortschreibung kommunaler Sozialplanung mit aufgenommen. Diese Form einer „sozialen Architektur“ ist die Grundlage eines „lernenden Systems“, das schnell und flexibel auf sich verändernde Bedarfslagen wie auch z. B. auf neue Förderprogramme u. ä. reagieren kann. Im Verein sind die Mitglieder durch die Geschäftsführung vertreten; das macht eine schnelle Entscheidungsfindung möglich.

Mit dem Verein Alter und Soziales e. V. hat die Stadt Ahlen seitdem zahlreiche Modellprojekte durchgeführt. Dabei wurden Maßnahmen zur Unterstützung bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit im Laufe der Zeit immer stärker mit der offenen Seniorenarbeit und Engagementförderung verknüpft, um einen Welfare-Mix von Pflege-, komplementären und sozio-kommunikativen Angeboten zu erreichen. Die einzelnen Projektmaßnahmen, ausgerichtet auf zuvor vereinbarte Ziele, sind miteinander verknüpft. Die so entstehenden Projektnetze verstärken die Wirkkraft der Einzelmaßnahmen; es entstehen Synergieeffekte.



Innovation durch Zusammenarbeit



Die Sicherung der Strukturen erfolgt u. a im Rahmen von Modellprogrammen: Modellförderungen, Sponsoring, Fördermittel von Stiftungen und in kleinerem Umfang auch aus EU-Töpfen, tragen zur Finanzierung der Projekte des Vereins bei. Projektentwicklung und -management obliegen der Geschäftsführerin.

Während im Verein geplant, entschieden und vereinbart wird, treffen sich die AkteurInnen im System in Arbeitskreisen um umzusetzen, zu handeln und zu verwirklichen, wie z. B. im AK Pflegedienste. Case & Care Management wird durch den Pflege- und Wohnberater durchgeführt, der eine zentrale Rolle im System einnimmt.

Vernetzung von hauptamtlichen Verbänden und Einrichtungen – Erfahrungen und Effekte

- a) Die Vernetzung der Wohlfahrtsverbände, der zentralen Anbieter des Gesundheits- und Bildungswesens und der Stadt Ahlen in einem Verein trägt – unter Beibehaltung ihrer jeweiligen Identität und Alleinstellungsmerkmale – zum Abbau von Vorbehalten und Konkurrenzdenken bei. Beim Umsetzen gemeinsamer Projekte lernen sie sich besser kennen; die Realisierung gemeinsam gesteckter Ziele fördert zusätzlich den Zusammenhalt. Nicht jede und jeder kann alles anbieten; stattdessen lassen sich Lücken gemeinsam im System schließen, das kommt im Ergebnis allen zu Gute. Die gemeinsame Trägerschaft von Projekten macht diese in gewisser Weise „trägerneutral“. Die Projekte „gehören“ allen und können damit außerhalb der Verbandsidentitäten trägerübergreifend agieren. Von Vorteil ist auch die Beteiligung der Verbände etc. an der Entwicklung und Umsetzungsplanung der Projekte. Indem die beteiligten Träger deren Zielsetzung und Aufgaben kennen, finden die Mitarbeiterteams der Projekte ein „bestelltes Feld“ vor und eine grundsätzliche Akzeptanz für ihre Arbeit.
- b) Der Verein erweist sich (auch) im Bereich der Mittelakquise als unbürokratisch und rasch handlungsfähig. Viele Projekte sind gerade erst wegen ihrer vernetzten Struktur förderfähig. Zudem muss die Antragstellung oft unter Zeitdruck erfolgen; da ist es hilfreich, auf ein grundsätzliches Einverständnis bauen zu können.
- c) Die Motivation der Kooperationspartnerinnen und -partner ist – wie in anderen Netzwerken auch – umso höher, je ausgeprägter und zahlreicher die Win-win-Effekte ausfallen. Daher haben Vorstand und Geschäftsführung es sich zur Aufgabe gemacht, in dem Verein für einen Interessensausgleich zu sorgen und dabei die spezifischen Interessen der Mitglieder zu berücksichtigen. Knappe Zeit- und Personalressourcen führen im Netzwerk zu einer „Verpflichtung zum Erfolg“. Was als „Erfolg“ gewertet wird, ist sehr unterschiedlich: z. B. der Imagegewinn durch die Mitgliedschaft, Entlastung von eigenem Arbeitsdruck durch Kooperationsmaßnahmen, Teilhabe am Erfolg von Modellprojekten oder eine Schließung von Versorgungslücken, die niemand allein hätte erreichen können.
- d) Die Moderation des Vereins durch die Kommune ist für alle Beteiligten von Vorteil: Die Stadt wird von den anderen Mitgliedern als trägerneutral akzeptiert, da diese in der Regel keine eigenen Versorgungsdienste unterhält. Die Ergebnisse des engen fachlichen Austausches der Kommune mit den Vereinsmitgliedern lassen sich in die Sozialplanung der Stadt integrieren und fließen so in die konkrete Maßnahmenplanung ein. Die Kommune stellt sich effektiv und effizient den Herausforderungen des demographischen Wandels im Zusammenwirken mit den Einrichtungen, die im Gemeinwesen Verantwortung tragen, auf der Grundlage eines gemeinschaftlich erstellten Gesamtkonzeptes.

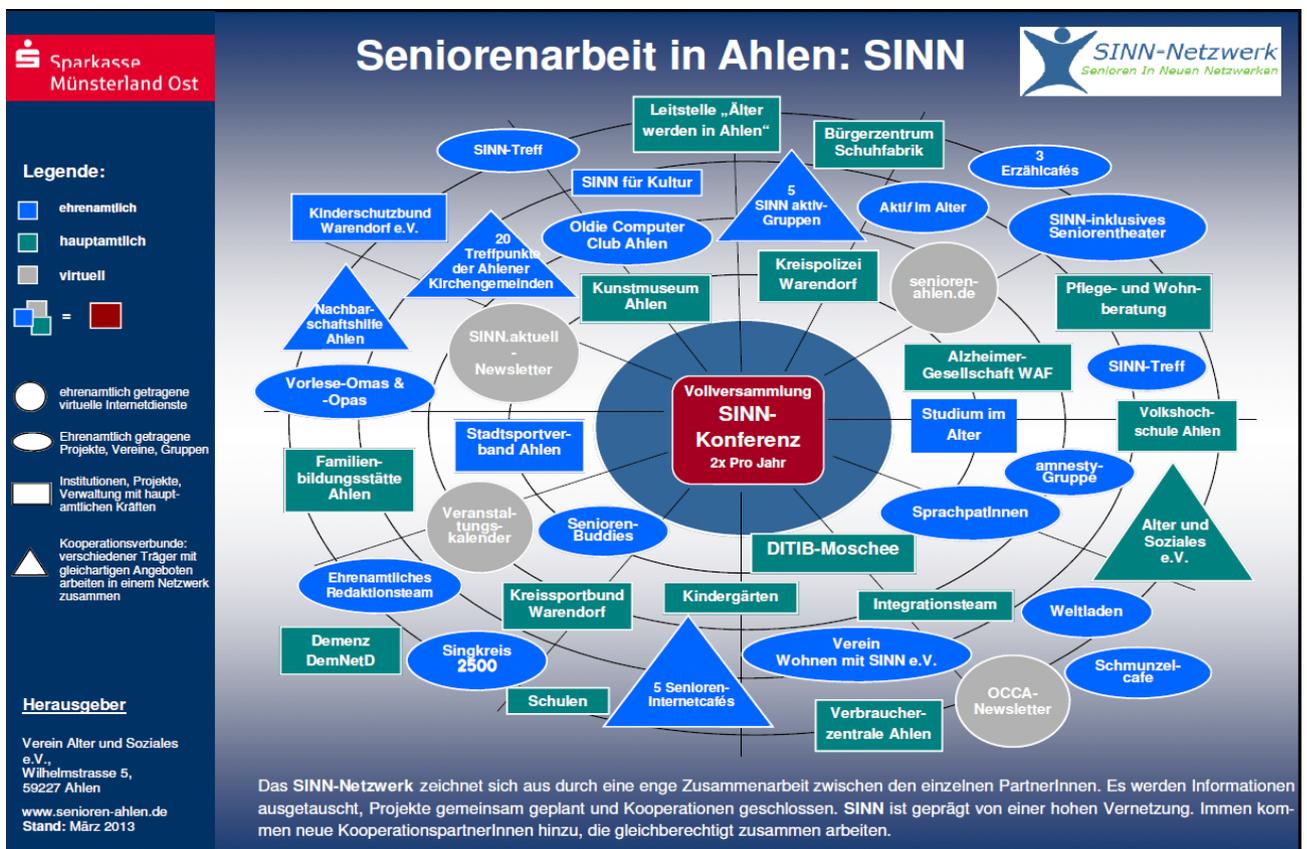
Soziale Teilhabe – Kultur der Beteiligung und des Engagements schaffen

Die Vernetzung auf der Ebene der hauptamtlichen Träger und Einrichtungen wird in Ahlen ergänzt, um eine Kooperationsstruktur auf der Ebene der konkreten Angebote und Initiativen, die Bürgerbeteiligung und -selbstverwirklichung ermöglicht – dem SINN-Netzwerk (Senioren in Neuen Netzwerken).

Das SINN-Netzwerk vereinigt sozio-kommunikative Angebote mit Angeboten für hilfe- und pflegebedürftige Menschen sowie Ehren- und Hauptamt und bietet zahlreiche Möglichkeiten

sozialen Engagements. Hier werden gemeinsam Konzepte für soziale Projekte entwickelt und realisiert. Mittlerweile haben 66 Netzwerkpartnerinnen und -partner zusammengefunden. Mit mehr als 150 Projekten, Initiativen und Angeboten haben sie ein lebendiges und bedarfsgerechtes Netzwerk aufgebaut, das im Kern auf ehrenamtlichem Engagement und Selbsthilfe beruht, die durch hauptamtliche Strukturen gesichert und punktuell unterstützt werden.

Zentraler Bestandteil des Netzwerks ist die SINN-Konferenz, die zweimal im Jahr alle Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen der Seniorenarbeit sowie die Bürgerschaft zusammenführt und zu Diskussion, Reflexion und Planung einlädt. Das SINN-Netzwerk versteht sich als Kooperationsstruktur, in dem sich neben Einzelangeboten auch kleinere Netzwerke einbinden können, wie z. B. 20 ehrenamtlich geführte Begegnungsstätten oder fünf miteinander verbundene Freizeitgruppen, die unter der gemeinsamen Bezeichnung „SINN-aktiv-Gruppen“ firmieren.



Ein Netzwerk, das zu Engagement anregt – Erfahrungen und Effekte

- a) Wie in der Zusammenarbeit mit den Verbänden im Verein Alter und Soziales, so ist auch in der Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertretern Win-win-Erfolg für alle Beteiligten eine wichtige Voraussetzung für das Engagement im Netzwerk. Meinungsführerinnen und -führer schon vor den ersten Auftaktveranstaltungen in die eigenen Strategie einzubinden, ist ebenso ein bewährtes strategisches Mittel wie auch vorausschauend Lösungen für potenzielle Probleme zu entwickeln.
- b) Ein Netzwerk funktioniert umso besser, je klarer die Strukturen der Zusammenarbeit und die Verteilung der Zuständigkeiten sind. In Ahlen hat sich die Arbeit mit Vereinbarungen bewährt, in denen die gemeinsamen Ziele, die Planungen für die Realisierung und Aufgabenverteilung festgehalten sind. Auch wenn diese Vereinbarungen oftmals keine rechtlichen Konsequenzen mit sich bringen, so stellen sie doch Willenserklärungen dar, die die Verbindlichkeit untereinander erhöhen. Zudem sind sie Ausdruck von Konzeptentwicklung und geben den Beteiligten Verhaltenssicherheit. Sie dienen als Grundlage für das Ansprechen neuer Ehrenamtlicher, die so genau wissen, auf was sie sich einlassen, wenn sie in ein Projekt einsteigen.
- c) Ein guter Ansatz, Engagement zu fördern, ist die Ermöglichung von Partizipation. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der kommunalen Sozialplanung ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit im SINN-Netzwerk. Dazu gehören neben der o. g. SINN-Konferenz die gemeinsame Erarbeitung von Konzepten in speziell dafür eingerichteten Arbeitsgruppen und die Durchführung von Umfragen. Eine Reihe neuer Angebote und Projekte, z. B. ein Mehrgenerationen-Wohnprojekt, sind aus dieser Form von Bürgerbeteiligung hervorgegangen.
- d) Ein Netzwerk lebt davon, dass Informationen fließen. Die Neuen Medien sind dafür ein hervorragendes „Transportmittel“. Für diejenigen, deren Aufgabe es ist, Informationen in das Netzwerk einzuspeisen, sind z. B. Newsletter und Mailing-Listen eine ebenso einfache wie effektive Möglichkeit, viele Menschen schnell und kostengünstig zu erreichen. Damit auch tatsächlich alle Beteiligten erreicht werden können, ist die Vermittlung von Medienkompetenz ein zentrales Ziel der Bildungsarbeit im Netzwerk, die hier vom „LernNet“, dem Verbund von Internetcafés wahrgenommen wird.

Grenzen und Chancen der kommunalen Steuerungsmöglichkeiten

Folgende Umstände erschweren die kommunale Steuerung:

- Die Pflege ist dem Markt überlassen, daher besteht nur wenig Einfluss auf z. B. den Ausbau des stationären Sektors.
- Die Steuerung des Wohnangebotes bei Hilfe- oder Pflegebedarf ist nur über die Bauverwaltung über Bauvorschriften möglich.
- Es gibt kaum monetäre Mittel, um vor Ort Entwicklungen anzureizen.
- AkteurInnen von außen haben teils wenig/kein Gemeinweseninteresse.
- Aufgrund der Individualisierung sind viele Lösungsansätze erforderlich, da sich die Zielgruppen stark ausdifferenzieren.
- Rasch wechselnde Themenkonjunkturen durch den gesellschaftlichen Wandel (z. B. digitale Teilhabe, Menschen mit Fluchtgeschichte, Inklusion) beeinträchtigen die Steuerung.
- Seniorenarbeit wird oftmals noch als „nice to have“ betrachtet und ist entsprechend in der Kommune besetzt (Qualifikation der Ansprechpersonen).
- Es gibt zu viele Vorgesetzte und zu wenig Spielräume, wenn Seniorenarbeit nicht entsprechend hoch bewertet wird.
- Die Verortung von Seniorenarbeit in der Sozialverwaltung hemmt oftmals; sie wäre mitunter besser in der Kultur- oder Engagementarbeit verortet.

- Die Konkurrenz zu anderen sozialen Handlungsfeldern (z. B. derzeit Flucht) rückt bestimmte Anliegen in den Hintergrund.
- Die erforderliche fachliche Kompetenz ist nicht immer vorhanden.
- Projekte kommen und gehen und binden viel Arbeitskraft des Stammpersonals.
- Die nachhaltige Absicherung der Infrastruktur fehlt oft.
- Personen spielen eine große Rolle, manches steht und fällt mit ihnen.

Andererseits kann die Steuerung auch befördert werden:

- Bewährte und konzeptionell verankerte Strukturen überdauern Personalwechsel.
- Eine eingeübte Kooperationskultur und -gewohnheit wird zur Normalität.
- Synergien erhöhen die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen.
- Ressortübergreifende Unterstützungen heben die Versäulung auf und überzeugen.
- Initiierung, Beratung, Werbung, Stellungnahmen sind Instrumente, um andere mit auf den Weg zu nehmen.
- Politische Beschlüsse erteilen der Kommune ein Mandat und Autorität.
- Koordinierte Mittelakquise, z. B. in Projektnetzen, verhilft in abgestimmten Bereichen zu spürbaren Fortschritten und steigert die Identifikation aller mit dem eingeschlagenen Kurs.

Fazit

Transparente Strukturen, die konzeptionell abgesichert sind, bieten die Basis für eine effektive und effiziente Steuerung der Kommune. Dabei ist es wichtig, dass sowohl die Struktur als auch das Konzept partizipativ entwickelt und aufgestellt werden. Durch Vernetzung auf verschiedenen Ebenen der Arbeit, d. h. auf der Entscheidungsebene und der operativen Ebene, wird die konsequente Umsetzung des Konzeptes in die Praxis abgesichert. Für die Kommune ist das politische Mandat als Autorisierung wichtig, zudem der klare Wille zu gestalten und die offene Haltung, mit Anderen eine Verantwortungsgemeinschaft zu bilden. Die Pflege- und Wohnberatung kann im Versorgungssystem durch ein qualifiziertes Care- und Case-Management zum Dreh- und Angelpunkt werden. Die Förderung der sozialen Teilhabe, der Bildung und des Engagements bedarf einer verlässlichen Anlaufstelle. Insgesamt ist eine Ansprechperson bei der Kommune erforderlich, die die Moderation bzw. die Sozialplanung übernimmt.

Workshop „Kommunales Übergangsmanagement II“

Zeitgemäßes
Steuerungsverständnis der
Kommune

ISS, Frankfurt, 28.04.2016 Ursula Woltering

Workshop „Kommunales Übergangsmanagement II“

Wie kann die Kommune den Übergang in die
nachberufliche und nachfamiliäre Lebensphase
begleiten, gestalten und unterstützen?

Was bedeutet in diesem Zusammenhang
Steuerung?

Zur besonderen Rolle und Bedeutung der Kommune vor Ort

- Daseinsvorsorge -> Allzuständigkeit
- Trägerneutral und unparteiisch
- Öffentlicher Kontrolle unterworfen
- Einflussreich, machtvoll, verfügt über Ressourcen
- Priorität, Moderation und Kümmerern
- Politisches Mandat für Steuerung
- Öffentliche Bühne für z.B. Wertschätzungskultur

Verantwortung aktiv annehmen und steuern wollen!

Ziele der Älteren und der Kommune – vom Menschen ausgehen

Gleiche Interessen

Ältere Menschen	Kommune
Selbstständigkeit und Selbstversorgung	Versorgungssicherheit und –gerechtigkeit, Seniorenwirtschaft, möglichst wenig Transferleistungen,
Teilhabe und Mitwirkung	soziales, kulturelles und wirtschaftliches Leben schafft Lebensqualität in der Stadt
Sinn-Stiftung und Gebraucht werden	Interaktion, Engagement, Zusammenhalt, intergenerationelle und soziale Aktionen

Was verändert sich für die Menschen?

Zentrale Fragen im Übergang

- Gesellschaftliche Teilhabe und Außenkontakte
- Sinnstiftende Aufgabe
- Rollenverteilung in der Familie
- Tagesstruktur und freie Zeit
- Altersbedingte gesundheitliche Veränderungen
- Aufkommender & zunehmender Unterstützungsbedarf

Veränderungen erfordern Beratung und Anlaufstellen

Was verändert sich für die Menschen?

Ich benötige für ein gutes Altern...

- Familien, FreundInnen, Bekannte – pers. Netzwerke
- Tätigkeitsfelder für massgeschneidertes Engagement
- Mobilität, materielle Sicherheit, Infrastruktur
- Gesundheits- und Hilfesystem
- barrierefreien Wohnraum mit gestaffelten Diensten
- Informationen, Beratung, Bildung, Unterstützung
- AnsprechpartnerInnen und Orte/Räume

Voraussetzungen können geschaffen werden

Der Vielfalt im Alter gerecht werden

Milieus und Diversität beachten

- Kulturelle Unterschiede – ü. 90 Nationalitäten
- Mehrere soziale Generationen in Altersspanne
- Bildungs- und Einkommensunterschiede
- Wanderung erfordert Aufnahme
- Gesundheitliche Voraussetzungen
- Altersbilder und Partizipationsansprüche

Wissen um Lebenslagen und entspr. Maßnahmen

Ziele der Älteren und der Kommune – vom Menschen ausgehen

Ziele kommunalen Managements

- mündige, teilhabende, informierte, aktive BürgerInnen
- Bedarfsgerechte (Pflege-) Angebote, keine Über- und Unterversorgung, gedeihlicher Wettbewerb
- Bedarfsgerechtes barrierefreies Wohnangebot
- Vielfältige Trägerlandschaft für Wahlmöglichkeiten
- Aktive Zivilgesellschaft – zufriedenen WählerInnen

Viele Beteiligte, die „an einem Strick ziehen“ sollen

Ziele der Älteren und der Kommune – vom Menschen ausgehen

Ziele kommunalen Managements

- Vereinbarkeit von Pflege, Familie, Beruf
- Weicher Standortfaktor „Alter“
- Seniorenwirtschaft - Wachstumsmarkt
- Arbeitsmarkt - Fachkräftemangel i. d. Pflege
- Image und Reputation

Vielfältige Motivation für aktive Steuerung

Steuerungskreislauf aufbauen und bewegen

Konzeptionelle und strukturelle Grundlagen

- Transparenz (Daten/Angebote) herstellen
- Vernetzung - klare Strukturen & Zuständigkeiten
- Abgestimmtes Handlungskonzept - Evaluation
- Strategische Steuerung nach vereinbarten Zielen
- Politischer Auftrag
- Kooperation und Koproduktion mit PartnerInnen

Steuerung mandatieren und dann „durchziehen“

Zusammenarbeit als Basis für Steuerung

Gemeinsame Ziele und Verantwortung

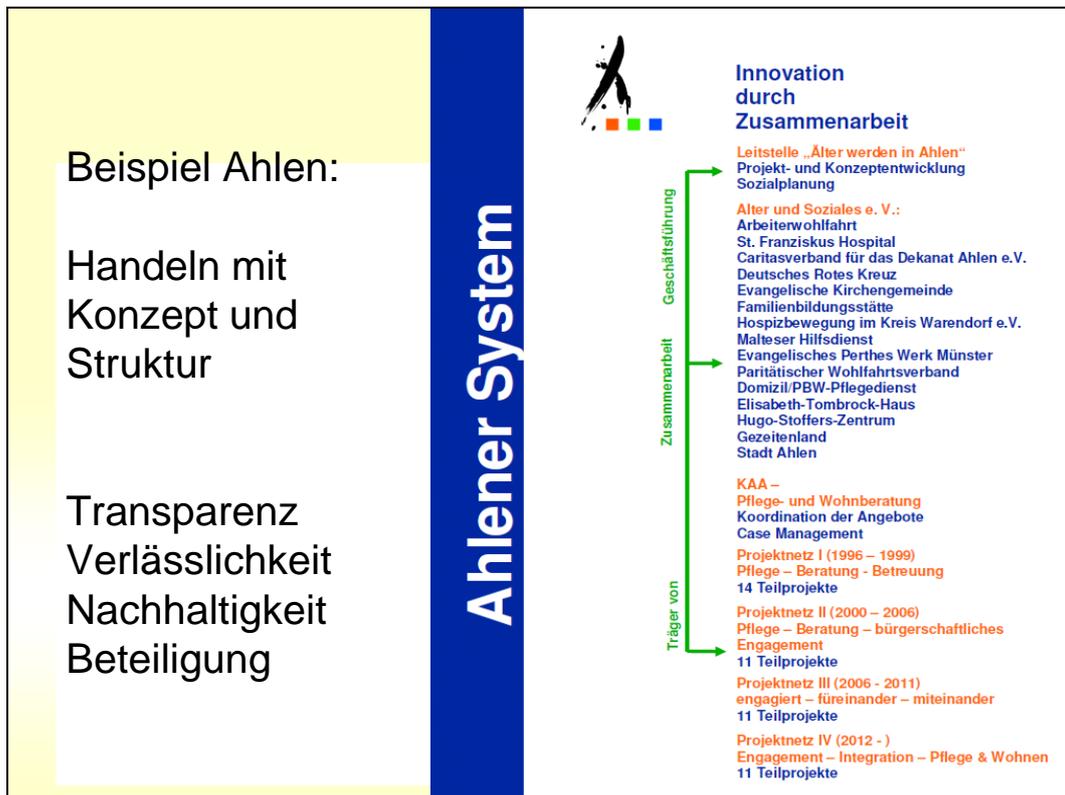
- Ressourcen zusammenführen erhöht Wirksamkeit & Wirtschaftlichkeit der Einzelnen
- Überleitungen & Vertrauen an den Schnittstellen
- Lücken identifizieren & gemeinsam schließen
- Zielgruppe besser erreichen & einbeziehen
- Welfare Mix für Teilhabe & Selbstständigkeit

Verantwortungsgemeinschaft bilden

Ebenen der Beteiligung und Vernetzung

Wer macht mit wem wann was?

- Informieren, beteiligen, abstimmen
Partizipation Betroffener, Bürgerforen, Befragungen
- Planen, entscheiden, vereinbaren
Kommune mit den Trägern (EntscheiderInnen) in Verantwortungsgemeinschaft
- Umsetzen, handeln, verwirklichen
Gremien wie AK Pflegedienste mit operativen Diensten sowie anlassbezogene Kooperationen
Case & Care Management für Hilfesuchende



Steuerungsmöglichkeiten der Kommune

Grenzen und Schwierigkeiten

- Pflege ist dem Markt überlassen
- Steuerung „Wohnen“ nur über Bauverwaltung
- kaum monetäre Mittel
- AkteurInnen teils ohne Gemeinweseninteresse
- Individualisierung – viele Lösungen erforderlich
- Spezielle Zielgruppen – hoher Aufwand
- Rascher Themenwechsel

Steuerungsmöglichkeiten der Kommune

Grenzen und Schwierigkeiten

- Seniorenarbeit oft noch „nice to have“
- Zu viele Vorgesetzte und zu wenig Spielräume
- Verortung in Sozialverwaltung hemmt
- Konkurrenz zu anderen sozialen Handlungsfeldern
- Erforderliche fachliche Kompetenz vorhanden?
- Projekte kommen und gehen
- Nachhaltige Absicherung der Infrastruktur fehlt oft

Steuerungsmöglichkeiten der Kommune

Optionen und Chancen

- Kooperationskultur und -gewohnheit
- Synergien & ressortübergreifende Unterstützung
- Initiierung, Beratung, Werbung, Stellungnahmen
- Steuern über z.B. Bauverwaltung
- Politische Beschlüsse
- Selbst veranstalten oder Dritte beauftragen
- Koordinierte Mittelakquise, z.B. Projektnetze

Handlungsfelder Hilfe und Pflege

Versorgungssicherheit und -gerechtigkeit

- Wohnen und Wohnungsanpassung
- Ausdifferenzierte Gesundheits- und Pflegeangebote

Instrumente

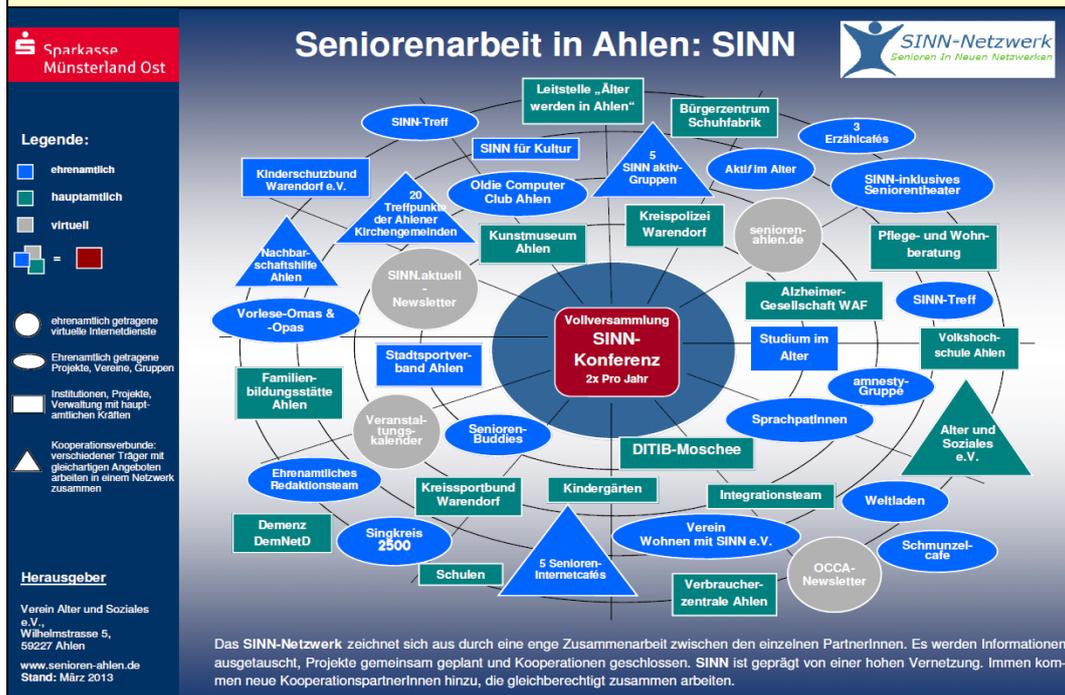
- Leitstelle und Pflege- und Wohnberatung
 - Case- und Caremanagement
- Leitstelle und Bauverwaltung
 - Betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften, Heime, Quartierszentren

Handlungsfeld soziale Teilhabe

Angebote und Strukturen für soziale Teilhabe, Bildung und BBE-Förderung

- Politische Partizipation - Seniorenbeiräte
- BE-Infrastruktureinrichtungen - Seniorenbüro, MGH...
- Bildungslandschaften - VHS, FBS...
- Partner wie Seniorensport, Vereine, Initiativen
- Partizipation - Runde Tische, Foren...
- Seniorenreisen, -messen, -kino, -karneval
-

SINN – Ziel: Teilhabe und Engagement



praktisches Beispiel – Medienkompetenz

Medienkompetenz im SINN-Netzwerk

- 4 Internetcafés
- 10 ehrenamtliche KursleiterInnen
- weit über 7.000 Kursteilnahmen
- Sponsoring der Sparkasse
- www.senioren-ahlen.de
- ehrenamtliches Redaktionsteam
- täglich erscheinender Newsletter mit 400 Abos
- Computerclub mit 250 Mitgliedern
- Meetingpoint in der Stadtbücherei
- Langsamlernkurs für Männer
- AG Digitales Photographieren
- AG Mac-Pc

Steuerungsmöglichkeiten der Kommune

Babyboomer – Anzahl und Vielfalt ausbauen

- Wohnkonzepte und Hilfsangebote
- Engagementförderung und Bildung
- Informelle Netzwerke stärken
- Weitere Partizipationsformate
- Armutsdebatte – Zugänge ermöglichen
- Quartiersbezug und Lebensformen

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
und auf Wiedersehen in Ahlen**

Anhang 4: Liste der Teilnehmenden

Teilnehmende	Institution/Organisation
Prof. Dr. Jutta M. Bott	Fachhochschule Potsdam
Prof. Dr. Peter Dehne	Hochschule Neubrandenburg
Marc Axel Hornfeck	Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend
Barbara Kahler	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.
Dr. Ludger Klein	ISS-Frankfurt a. M.
Jens-Peter Kruse	Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD (EAfA)
Peter Kupferschmid	Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend
Benjamin Landes	ISS-Frankfurt a. M.
Maike Merkle	ISS-Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Gerhard Naegele	Institut für Gerontologie an der TU Dortmund
Klaus Schmitz	Stadt Nürnberg, Amt für Senioren und Generationenfragen
Ursula Woltering	Stadt Ahlen, Fachbereich Jugend und Soziales / Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS)